Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

38

Hans-Werner Hahn

Zwischen Fortschritt und Krisen

**Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts
als Durchbruchphase
der deutschen Industrialisierung**

München 1995

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Rudolf Cohen, Arnold Esch, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Christian Meier,
Horst Niemeyer, Peter Pulzer, Winfried Schulze, Michael Stolleis
und Eberhard Weis

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Lueckner
Organisationsauschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Lueckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den

„Preis des Historischen Kollegs“.

Das „Förderstipendium des Historischen Kollegs“ ist für hervorragend qualifizierte Nachwuchswissenschaftler eingerichtet worden. Es soll der Weiterführung eines größeren Forschungsvorhabens dienen. Professor Dr. Hans-Werner Hahn (Saarbrücken, jetzt Jena) war vom 1. Oktober 1991 bis 31. März 1992 Förderstipendiat des Historischen Kollegs. Seinen Obliegenheiten entsprechend hat er am 27. Juli 1992 aus seinem Arbeitsbereich einen Vortrag zu dem Thema „Zwischen Fortschritt und Krise. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung“ gehalten.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Wenn man sich mit der deutschen „Industriellen Revolution“ oder, um einen weniger umstrittenen Begriff zu benutzen, der deutschen Industrialisierung befaßt, so gehört die Frage nach dem Beginn dieses so folgenreichen Vorgangs zweifellos zu den am meisten diskutierten Problemen. Die Forschung hat sehr unterschiedliche Antworten auf die Periodisierungsfrage gegeben. Manche Autoren plädieren dafür, den Beginn der Industriellen Revolution in Deutschland sehr früh, nämlich bereits mit der Gründung der ersten modernen Fabriken anzusetzen.¹⁾ In der Tat begannen deutsche Unternehmer schon vor 1800 mit dem Versuch, an die neuen Technologien des industriellen Pionierlandes England anzuknüpfen. 1784 eröffnete der aus Elberfeld stammende Kaufmann Johann Gottfried Brügelmann seine Ratinger Maschinenspinnerei, der bald weitere mechanische Baumwollspinnereien in Deutschland folgen sollten. Diese ersten Nachahmungsversuche englischer Vorbilder und das Aufkommen frühmoderner Fabriken werden von den meisten Autoren jedoch noch einer sogenannten Vorbereitungsphase zugeordnet, die sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte und in der erst die Fundamente der späteren rascheren industriellen Fortschritte gelegt werden mußten.

Bei der zeitlichen Einordnung dieses auch als Frühindustrialisierung²⁾ bezeichneten Abschnitts und bei der Datierung jenes Wendepunktes, an dem die deutsche Wirtschaft in die entscheidende Phase der vollen Entfaltung eigener Wachstumskräfte eintrat, gibt es allerdings ebenfalls unterschiedliche Aussagen. Einige Historiker plädierten für

¹⁾ *Gerd Hardach*, Aspekte der Industriellen Revolution, in: GG 17, 1991, 102–113; *William O. Henderson*, The Genesis of the Industrial Revolution in France and Germany in the 18th Century, in: *Kyklos* 9, 1956, 190–207; *Rudolf Forberger*, Die Industrielle Revolution in Sachsen 1800–1861, Bd. 1, 1. Halbband: Die Revolution der Produktivkräfte in Sachsen 1800–1830, Berlin 1982, 34 f.

²⁾ „Frühindustrialisierung kann man als jene Phase der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte verstehen, in der sich neue Techniken insbesondere Arbeits- und Energieerzeugungsmaschinen durchzusetzen begannen, die Produktivität der Wirtschaft insgesamt und, damit einhergehend, das relative Wachstum der Produktion und der Erwerbstätigen im Industriebereich leicht anstiegen.“; *Richard Tilly*, Zur Frühindustrialisierung, in: GG 5, 1979, 173f.

die Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre³⁾ oder setzten das Jahr 1815 als Zäsur an.⁴⁾ Andere deutsche Wirtschaftshistoriker werteten die Mitte der dreißiger Jahre als entscheidenden Einschnitt. Die ältere Forschung verwies dabei in Anlehnung an Friedrich List besonders auf die beiden augenfälligsten Veränderungen dieses Jahrzehntes: die Gründung des Zollvereins und den Beginn des Eisenbahnbaus, die List als siamesische Zwillinge bezeichnet hat.⁵⁾ Der Einschnitt von 1835 wurde später aber auch von solchen Wirtschaftshistorikern bekräftigt, die sich wie Walther G. Hoffmann und Friedrich Wilhelm Henning in ihren Einschätzungen vor allem an Fragen des wirtschaftlichen Wachstums orientierten. Für sie setzte mit den verkehrstechnischen Fortschritten, den Produktionssteigerungen im Kohlenbergbau und der Eisenindustrie sowie der Errichtung neuer Großbetriebe in der Textilindustrie und im Maschinenbau schon in den dreißiger Jahren die entscheidende Phase der Entfaltung neuer Wachstumskräfte ein.⁶⁾ Am weitesten ging in diesem Zusammenhang der DDR-Wirtschaftshistoriker Hans Mottek, der Mitte der dreißiger Jahre eine neue Stufe der in-

³⁾ Jürgen Kuczynski, Studien zur Geschichte des Kapitalismus, Berlin 1957, 15.

⁴⁾ Wolfram Fischer, Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Deutschland am Beginn der Industrialisierung, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Aufsätze – Studien – Vorträge, Göttingen 1972, 60–74, bes. Anm. 5, 487.

⁵⁾ Friedrich List, Schriften zum Verkehrswesen, hrsg. von Erwin Beckerath u.a. (Friedrich List, Schriften, Reden Briefe, Bd. 3.) Berlin 1929/32, 347. Zum Einfluß Lists auf die ältere deutsche Wirtschaftsgeschichte vgl. Richard Tilly, Los von England: Probleme des Nationalismus in der deutschen Wirtschaftsgeschichte u. Soll und Haben I: Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in der neueren deutschen Wirtschaftshistoriographie, in: ders., Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Gesammelte Aufsätze, Göttingen 1980, 197–206.

⁶⁾ Vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914, Paderborn 1973, 113 f.; Walther G. Hoffmann, The Take-Off in Germany, in: Walt W. Rostow (Hrsg.), The Economics of Take-Off into Sustained Growth, London ⁴1968, 95–118. Auch Borchardt sieht schon in den dreißiger Jahren eine Phase wichtiger Veränderungen, rechnet die Zeit bis 1850 aber noch zur Anlaufperiode der Industriellen Revolution vgl. Knut Borchardt, Die Industrielle Revolution in Deutschland, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, The Fontana Economic History of Europe, hrsg. v. Carlo M. Cipolla, deutsche Ausgabe hrsg. v. Knut Borchardt, Bd. 4: Die Entwicklung der industriellen Gesellschaften, Stuttgart 1977, 135–202, bes. 160. Zur Periodisierungsdiskussion vgl. ferner Karl W. Hardach, Some Remarks on German Economic Historiography and its Understanding of the Industrial Revolution in Germany, in: Journal of European Economic History 1, 1972, 37–99.

dustriellen Entwicklung erreicht sah und den Beginn der deutschen Industriellen Revolution auf das Jahr 1835 datierte.⁷⁾

Im Unterschied zu den oben genannten westdeutschen Wirtschaftshistorikern, die unter Industrieller Revolution einen längerfristigen Prozeß verstehen und Datierungsgrenzen meist wieder relativieren, definiert Mottek dabei den Beginn der Industriellen Revolution als einen qualitativen und quantitativen Sprung. Einen solchen klar erkennbaren Wachstums- und Entwicklungsschub enthält auch das Stadienmodell von Walt W. Rostow, das die westdeutsche Wirtschaftsgeschichtsschreibung seit den sechziger Jahren nachhaltig beeinflusst hat.⁸⁾ Rostow datierte die sogenannte Take-Off-Phase, die sich durch einen deutlichen Anstieg der Investitionsrate, durch die Leitfunktion neuer wachstumsintensiver Industrien und durch schnellere Veränderungen der gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen auszeichnet, auf die Jahre 1850 bis 1873. Erst in diesem Zeitraum sei die Industrielle Revolution in ihr entscheidendes Stadium getreten, habe das Wirtschaftswachstum in Deutschland seine entscheidende Beschleunigung erhalten, um in ein sich selbst erhaltendes Wachstum überzugehen. Zahlreiche Wirtschafts- und Sozialhistoriker sind diesem Periodisierungsvorschlag gefolgt. Je mehr das Wirtschaftswachstum zum Schlüsselbegriff der Industrialisierungsgeschichte wurde und je klarer aus dem recht disparaten Datenmaterial deutlich wurde, daß das Sozialprodukt in den dreißiger und vierziger Jahren nur mäßig angestiegen sein kann, desto größer wurde die Neigung, den Durchbruch der deutschen Industrialisierung mit Rostow in die fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts zu legen.⁹⁾ Inzwischen ist Rostows Periodisierungsvor-

⁷⁾ Hans Mottek, Einleitende Bemerkungen – Zum Verlauf und zu einigen Hauptproblemen der industriellen Revolution in Deutschland, in: ders., u.a., Studien zur Geschichte der Industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960, 11–63, bes. 26. Vgl. ferner ders., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. II: Von der Zeit der Französischen Revolution bis zur Zeit der Bismarckschen Reichsgründung, Berlin 1969, 130 f.

⁸⁾ Walt W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Engl. Ausgabe Cambridge 1960, deutsche Ausgabe Göttingen ²1967, 18 ff. Zur Kritik an Rostows Ansatz vgl. Wolfram Fischer, Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Bemerkungen zu W.W. Rostows gleichnamigem Buch und anderen Beiträgen zur Wachstumsforschung, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 4), 28–39.

⁹⁾ Carl-Ludwig Holtfretich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse. Dortmund 1973, 168:

schlag für die Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung aber ebenso in die Kritik geraten wie die Zäsur der dreißiger Jahre. Zum einen wird verstärkt die Frage aufgeworfen, ob man innerhalb des doch über viele Jahrzehnte verlaufenden Industrialisierungsprozesses überhaupt einen zeitlich genauer abgrenzbaren Beschleunigungsvorgang im Sinne eines Take-Off oder einer in Form eines „großen Spurts“ ablaufenden Industriellen Revolution erkennen kann.¹⁰⁾ Vor allem amerikanische und britische Wirtschaftshistoriker neigen dazu, die Industrialisierung als einen sehr langwierigen Prozeß mit gleichmäßigem Anstieg des Wirtschaftswachstums und weniger spektakulären Veränderungen zu begreifen.¹¹⁾ Zum anderen haben neuere konjunktur- und wachstumshistorische Untersuchungen zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts bei der Frage nach der Zäsur zwischen vorindustrieller Phase und Industrieller Revolution den Blick wieder stärker auf die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts gelenkt¹²⁾, die schon von den beiden Pionieren der deutschen Konjunkturforschung – Arthur Spiethoff und Joseph Schumpeter – als „Übergang zu einer neuen Lebensstufe“ charakterisiert worden waren.¹³⁾

„Das Wachstumsbild des untersuchten Energiesektors ‚Ruhrbergbau‘, wie auch andere Untersuchungen, sprechen jedoch eher für die Rostowsche Datierung des deutschen Take Off auf die Jahre 1850–1873.“ Ähnlich früher auch noch *Hans-Ulrich Wehler*, *Das deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen 1973, 24: Man kann „mit Gewißheit den Durchbruch der Industriellen Revolution in Deutschland erst auf den Beginn der 1850er Jahre datieren“.

¹⁰⁾ Zur Kritik an der Vorstellung von einer Industriellen Revolution im Sinne eines qualitativen und quantitativen Sprunges vgl. vor allem *Rondo Cameron*, *The Industrial Revolution, a Misnomer*, in: Jürgen Schneider (Hrsg.), *Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege*, Festschrift f. Hermann Kellenbenz, Bd. 5, Stuttgart 1981, 467–476; *ders.*, *A New View of European Industrialization*, in: *The Economic History Review* XXXVIII, 1985, 1–23. Zum „großen Spurt“ vgl. *Alexander Gerschenkron*, *Economic Backwardness in Historical Perspective*, Cambridge/Mass. 1966, 3 ff.

¹¹⁾ Vgl. etwa *N.F.R. Crafts*, *British Economic Growth during the Industrial Revolution*, Oxford 1985. Ausführlich zur Diskussion über die neuen Thesen *Pat Hudson*, *The Industrial Revolution*, London 1992 u. *Joel Mokyr* (Ed.), *The British Industrial Revolution. An Economic Perspective*, Boulder/San Francisco/Oxford 1993.

¹²⁾ Vgl. vor allem *Reinhard Spree*, *Die Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft von 1840 bis 1880*, Berlin 1977; *ders.* (unter Mitarbeit von M. Tybus), *Wachstumstrends und Konjunkturzyklen in der deutschen Wirtschaft von 1820 bis 1913*. Quantitativer Rahmen für eine Konjunkturgeschichte des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1978. Ferner: *Richard H. Tilly*, *Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914*, München 1990.

¹³⁾ So *Arthur Spiethoff*, *Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise,*

Unter Berufung auf die neueren konjunkturhistorischen Analysen von Reinhard Spree und mit einer klaren Bekräftigung des Take-Off-Modells hat jetzt Hans-Ulrich Wehler in seiner Deutschen Gesellschaftsgeschichte den Beginn der deutschen Industriellen Revolution auf 1845 datiert.¹⁴⁾ In diesem Jahr setzte nach den Untersuchungen Sprees der „erste Wachstumszyklus der deutschen Wirtschaft“ ein, „dessen Impulse primär aus dem industriell-gewerblichen Bereich des Zollvereins stammen“.¹⁵⁾ Diese erste „konjunkturelle Bewegung neuen Typs“¹⁶⁾ brach zwar 1847 nochmals für drei Jahre ab. Dennoch sieht Wehler keinen Grund, diesen „ungewöhnlich explosiven Boom“ der vierziger Jahre bei der Periodisierungsdebatte der deutschen Industrialisierung zu ignorieren und ihn noch der Spätzeit der Frühindustrialisierung zuzurechnen. Schließlich wurde die Beschleunigung der Industrialisierung in den vierziger Jahren bereits von jenem Wachstumskern neuer, mit dem Eisenbahnbau verbundenen Leitsektoren getragen, die nach 1850 zum eindeutigen Führungssektor der deutschen Industrialisierung aufstiegen.¹⁷⁾

Wehlers These von einer „deutschen Doppelrevolution“, die Mitte der vierziger Jahre mit der Industriellen Revolution eingesetzt habe, 1848 in die politische Revolution gemündet sei und durch ihre Anhäufung von verschiedensten Problemen zu einer schweren Transformationskrise geführt habe, hat freilich in der Forschung nicht nur Zustimmung gefunden. Kritiker haben von einer „konstruierten industriell-demokratischen Doppelrevolution“ gesprochen¹⁸⁾ und in diesem Zusammenhang auch gefordert, die vorgeschlagene Datierung der Industriellen Revolution auf das Jahr 1845 nochmals genauer zu überprüfen. Immerhin wurde die Wirtschaftsentwicklung der vierziger Jahre, wie die

Stockung. Bd. 1. Tübingen/Zürich 1955, 117; vgl. ferner *Joseph A. Schumpeter*: Konjunkturzyklen. Eine theoretisch, historisch und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Bd. 1. Göttingen 1961, 365 ff.

¹⁴⁾ *Hans-Ulrich Wehler*: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49, München 1987, 613.

¹⁵⁾ *Spree*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 320.

¹⁶⁾ *Knut Borchardt*, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1800–1914, in: Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, 198–275, bes. 258.

¹⁷⁾ *Wehler*: Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 614.

¹⁸⁾ *Thomas Nipperdey*, Wehlers Gesellschaftsgeschichte, in: GG 14, 1988, 401–415, bes. 408 f.

Hungerkrise von 1846/47 und das relativ schnelle Ende des ersten industriellen Wachstumszyklus zeigen, noch stark von den Wechsellagen alten Typs, also vor allem von der Agrarkonjunktur, bestimmt.¹⁹⁾ Darüber hinaus stellt sich angesichts der großen regionalen Entwicklungsgefälle in Deutschland die Frage, „ob man für den gesamten Deutschen Bund einen gemeinsamen Startpunkt konstruieren sollte“.²⁰⁾ Hinzu kommen schließlich die generellen Bedenken gegen die Vorstellung eines „wichtigen Auftakts der Industriellen Revolution“²¹⁾ und die Hinweise auf ein viel gleichmäßigeres, sich weniger dramatisch beschleunigendes Wirtschaftswachstum.²²⁾ Die Kontroverse um die Periodisierung ist also stets auch mit der Frage nach dem Verlauf oder dem Charakter der Industriellen Revolution verbunden.

Aus all diesen Gründen erscheint es angebracht, den Zäsurcharakter der vierziger Jahre nochmals eingehender zu hinterfragen. Dabei soll es im folgenden nicht allein um die Ergebnisse der neueren Konjunktur- und Wachstumsforschung gehen. Vielmehr soll, ausgehend von einem breiter gefaßten Verständnis von Industrieller Revolution, auch danach gefragt werden, ob die vierziger Jahre auch von entsprechenden zügigen Veränderungen der institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt waren. Die Bedeutung dieser Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Industrialisierungsprozeß wird von der neueren Forschung wieder sehr viel eindringlicher hervorgehoben²³⁾.

¹⁹⁾ Vgl. neben *Borchardt*, *Wirtschaftliches Wachstum* (wie Anm. 16), 256 ff. vor allem *Wilhelm Abel*, *Massenarmut und Hungerkrise im vorindustriellen Europa*, Göttingen 1974, 293; *ders.*, *Massenarmut und Hungerkrise im vorindustriellen Deutschland*, Göttingen 1972.

²⁰⁾ *Dieter Langewiesche*, *Die deutsche Revolution und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Teil II, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31, 1991, 331–443, bes. 341. Zur stärkeren Betonung der regionalen Industrialisierung vgl. jetzt *Hubert Kiesewetter*, *Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914*, Frankfurt am Main 1989; *ders.*, *Erklärungshypothesen zur regionalen Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: *VSWG* 67, 1980, 305–333; *ders.*, *Regionale Industrialisierung in Deutschland zur Zeit der Reichsgründung. Ein vergleichend-quantitativer Versuch*, in: *VSWG* 73, 1986, 38–60.

²¹⁾ So *Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 14), 613.

²²⁾ Für Deutschland vgl. *Hartmut Kaelble*, *Der Mythos von der rapiden Industrialisierung in Deutschland*, in: *GG* 9, 1983, 106–118.

²³⁾ Vgl. etwa *Douglass C. North*, *Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte*, Tübingen 1988, 163 ff.; vgl. hierzu auch *Knut Borchardt*, *Der „Property-Rights-Ansatz“ in der Wirtschaftsgeschichte – Zeichen für eine systematische Neuorientierung des Faches?*, in: Jürgen Kocka (Hrsg.),

und es wäre deshalb zu prüfen, inwieweit man in den vierziger Jahren auch im Hinblick auf diese Faktoren neue Tendenzen erkennen kann, die zusätzliche Argumente für eine Zäsur in der deutschen Industrialisierungsgeschichte liefern. Zum einen geht es hierbei um die in jüngster Zeit wieder verstärkt beachtete, gerade in bezug auf Deutschland auch früher sehr breit diskutierte Rolle des Staates im Industrialisierungsprozeß.²⁴⁾ Zum anderen soll am Beispiel der sich gerade in den vierziger Jahren entfaltenden Industrialisierungsdebatte und der hier zu Tage tretenden Zukunftserwartungen²⁵⁾ danach gefragt werden, inwieweit sich auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen eines erfolgreichen Industrialisierungsprozesses schon in den Jahren vor der Revolution von 1848/49 entscheidend verbesserten.²⁶⁾

I. Wirtschaftswachstum und Konjunktorentwicklung

Der junge und mit der englischen Entwicklung bereits gut vertraute rheinische Wirtschaftsbürger Gustav Mevissen schrieb schon zu Beginn der vierziger Jahre: „Die Industrie ist zu einer selbständigen Macht inmitten des deutschen Lebens erstarkt, und nicht eine vergängliche Handelsindustrie, sondern eine weit bleibendere, dem Inland zugekehrte Fabrikindustrie... Deutschland geht durch die Schaffung dieser neuen sozialen Macht in seinem Inneren unleugbar einer neuen Ära

Theorien in der Praxis des Historikers. (GG Sonderheft 3.) Göttingen 1977, 140–156; Clemens Wischermann, Der Property-Rights-Ansatz und die „neue“ Wirtschaftsgeschichte, in: GG 19, 1993, 239–258.

²⁴⁾ Vgl. Fischer, Verhältnis (wie Anm. 4); ders./Adelheit Simsch, Industrialisierung in Preußen. Eine staatliche Veranstaltung?, in: Werner Süß (Hrsg.), Übergänge. Zeitgeschichte zwischen Utopie und Machbarkeit. Beiträge zu Philosophie, Gesellschaft und Politik. Hellmuth G. Bütow zum 65. Geburtstag. Berlin 1989, 103–122; W. R. Lee, Economic Development and the State in nineteenth-century Germany, in: Economic History Review 41, 1988, 346–367.

²⁵⁾ Vgl. hierzu Rudolf Boch, Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857. Göttingen 1991; Heinrich Best, Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland. Göttingen 1980.

²⁶⁾ Diese Verknüpfung von wirtschaftshistorischen mit politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Fragestellungen wird auch in einem Band zur Industriellen Revolution in Deutschland angestrebt, der in der „Enzyklopädie Deutscher Geschichte“ erscheinen soll und für den der Verfasser 1991/92 das Förderstipendium des Historischen Kollegs erhalten hat.

entgegen.“²⁷⁾ Diese Fortschrittseuphorie, der Glaube an den Siegeszug der neuen Welt von Industrie und Technik, sollte sich freilich erst im folgenden Jahrzehnt in vollem Umfang durchsetzen.²⁸⁾ In den zeitgenössischen Äußerungen der vierziger Jahre war ungeachtet der Einschätzung Mevissens noch weit mehr von wirtschaftlichen Krisen als von ungebremstem industriellen Fortschritt die Rede.

Die deutsche Wirtschaft befand sich in den Jahren vor der Revolution von 1848/49 in einer tiefen Strukturkrise, die durch ungünstige konjunkturelle Entwicklungen noch verstärkt wurde.²⁹⁾ Die traditionellen Wirtschaftszweige konnten das durch den enormen Bevölkerungsanstieg stetig wachsende Arbeitskräftepotential nicht mehr aufnehmen, und die modernen Wirtschaftszweige waren noch nicht weit genug entwickelt, um die wachsende Lücke zwischen Arbeitskräftepotential und Arbeitsplatzangebot schnell genug zu schließen. Es ist geschätzt worden, daß das Arbeitskräftepotential in den vierziger Jahren durchschnittlich um 1% pro Jahr zunahm, während das Arbeitsplatzangebot nur um etwa die Hälfte wuchs.³⁰⁾ Die Folge war ein Überangebot an Arbeitskräften, das zu wachsender Unterbeschäftigung, sinkenden Einkommen und zunehmender Verelendung breiter Bevölkerungsschichten führte. Auf dem Lande wuchs die Zahl der kleinbäuerlichen, landarmen und landlosen Kümmerexistenzen. Städtisches und ländliches Handwerk beklagten die Überfüllung zahlreicher Gewerbezweige und forderten vor allem 1848/49 die Rückkehr zu einer restriktiven Gewerbeordnung. Hinzu kam die Krise im protoindustriellen Heimgewerbe, das im 18. Jahrhundert stark an Bedeutung gewonnen hatte und auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunächst noch expandiert war. Besonders betroffen war das Leinengewerbe, das als wichtigster Teil des Heimgewerbes schon zu Beginn des Jahrhunderts erheblich unter der Kontinentalsperre gelitten hatte und in dem das Überangebot an Ar-

²⁷⁾ *Joseph Hansen*, Gustav von Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815–1899, Bd. 2, Berlin 1906, 84.

²⁸⁾ Vgl. *Wolfram Siemann*, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Frankfurt am Main 1990, 11 ff.

²⁹⁾ Ausführlich und die neuere Forschung zusammenfassend *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 54 ff., 281 ff.; ferner *Tilly*, Vom Zollverein (wie Anm. 12), 9 ff.

³⁰⁾ Ausführlich hierzu *Wolfgang Köllmann*, Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in Deutschland 1815–1865, in: ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974, 61–98.

beitskräften sowie ein wachsender Konkurrenzdruck der mechanisierten Textilindustrie nun eine weitere dramatische Verschärfung der Krise herbeiführten.³¹⁾

1844, im Jahre des schlesischen Weberaufstandes, schrieb die Deutsche Vierteljahrsschrift zur wirtschaftlichen Situation: „Aus allen Gauen Deutschlands erschallen seit einigen Jahren und ganz besonders in neuester Zeit Klagen über steigende Armut und Nahrungslosigkeit, über Verarmung ganzer Bezirke und die Unzulänglichkeit der zur Linderung bestimmten Almosen.“³²⁾ In den folgenden Jahren sollte dieses vormärzliche Massenelend noch schlimmere Formen annehmen, weil nun zu den strukturellen Krisen in Teilen der Landwirtschaft und der vorindustriellen Gewerbe eine folgenschwere Agrarkrise hinzukam. Die schlechten Ernten des Jahres 1845 und die verheerende Mißernte des folgenden Jahres ließen die Lebensmittelpreise dramatisch ansteigen, führten im Winter 1846/47 zu einer schweren Hungerkrise, die die Notlage breiter Bevölkerungsschichten dramatisch verschärfte³³⁾ und damit zugleich auch die Nachfrage nach Gütern der gewerblichen Wirtschaft erheblich schwächte. Die Konsumgüterindustrie geriet in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre in eine schwere Unterkonsumtionskrise.³⁴⁾ Besonders betroffen war die als Beschäftigungsfaktor noch

³¹⁾ Zu Krisen und Niedergang der Leinenindustrie vgl. *Peter Kriedte/Hans Medick/Jürgen Schlumbohm*, Industrialisierung vor der Industrialisierung, Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977, 309 ff.; *Hans Blumberg*, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Leinenindustrie von 1834 bis 1870, in: Mottek u. a., Studien (wie Anm. 7), 65–143.

³²⁾ Der Pauperismus und dessen Bekämpfung durch eine bessere Regelung der Arbeitsverhältnisse, in: Deutsche Vierteljahrsschrift, 3. H., 1844, 315–340, hier 315.

³³⁾ In den westlichen Provinzen Preußens lag der Anteil der durch die Krise in akute Not geratenen Bevölkerung nach einer Schätzung bei etwa 50 %. *Wolfgang Köllmann*, Pauperismus in Rheinland-Westfalen im Vormärz, in: Kurt Düwell/Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 1: Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, 126–147, hier 155.

³⁴⁾ Zu Ursachen, Verlauf und Folgen der Krise vgl. *Spreck*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 144 ff.; *ders./Jürgen Bergmann*, Die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft 1840 bis 1864, in: Sozialgeschichte heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, 289–325; *Jürgen Bergmann*, Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848, Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung,

immer sehr wichtige Textilindustrie.³⁵⁾ Dieser außerordentlich heterogen strukturierte Gewerbebereich, der von der modernen mechanischen Baumwollspinnerei bis zum traditionellen Leinengewerbe reichte, hatte schon in der ersten Hälfte der vierziger Jahre unter der unzureichenden Binnennachfrage gelitten. Dies sollte sich zwischen 1845 und 1847 noch einmal dramatisch verschärfen. Die Textilindustrie war folglich in hohem Maße auf die Auslandsmärkte angewiesen, wo sich allerdings die Konkurrenzfähigkeit der vorindustriellen Textilwarenproduktion in den vierziger Jahren ebenfalls erheblich verschlechtert hatte. Seit Mitte der vierziger Jahre stieg zwar das Volumen der Textilwarenausfuhr wieder an, doch die mit fallenden Preisen und stagnierenden Umsätzen erkaufte Exportausweitung konnte den Ausfall der Binnennachfrage nicht ausgleichen.³⁶⁾

Betrachtet man den deutschen Außenhandel der vierziger Jahre, so scheint auf den ersten Blick ebenfalls wenig für eine prosperierende, von einer beschleunigten Industrialisierung bestimmte Wirtschaft zu sprechen. In der Handelsbilanz, die in den dreißiger Jahren noch einen leichten Überschuß aufgewiesen hatte, kam es zwischen 1842 und 1847 zu einem negativen Saldo zwischen 36 und 59 Millionen Talern. Dies war aber weniger nur auf Einbußen der Fertigwarenexporte zurückzuführen, sondern vor allem die Folge wachsender Importe von industriell produzierten Halbfertigwaren. In den Kernbereichen der Frühindustrialisierung – bei der Spinnerei und der Eisenindustrie – lag die deutsche Importquote außerordentlich hoch, weil die noch in den Anfängen stehende eigene Industrie den wachsenden Bedarf noch nicht decken konnte. Dies galt vor allem für die Eisenindustrie, die 1843 innerhalb des Zollvereins nur 45 % des Verbrauchs decken konnte. Beim Baumwollgarn war das Mißverhältnis zwischen Bedarf und Eigenproduktion zeitweise sogar noch höher.³⁷⁾ Die deutschen Schutzzöllner um Friedrich List nahmen diese Entwicklung zum Anlaß, um verstärkte

(GG Sonderheft 2.) Göttingen 1976, 254–287; *ders.*, Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49. Stuttgart 1986, 23 ff.

³⁵⁾ Zu den Auswirkungen der Krise in Krefeld, wo 1846 allein 4500 Personen unmittelbar und 12000 Personen mittelbar ihren Verdienst verloren, vgl. *Peter Kriedte*, Eine Stadt am seidenen Faden. Haushalt, Hausindustrie und soziale Bewegung in Krefeld in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Göttingen 1991, 277 ff.

³⁶⁾ Vgl. *Spreck*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 142 ff.

³⁷⁾ Zum Außenhandel vgl. *Bodo von Borries*, Deutschlands Außenhandel 1836 bis 1856. Stuttgart 1970; *Best*, Interessenpolitik (wie Anm. 25), 60 ff.

Anstrengungen zum raschen Aufbau der deutschen Industrie und insbesondere höhere Schutzmauern gegenüber der englischen Konkurrenz zu fordern.

Die geschilderten Krisenerscheinungen der vierziger Jahre und die sich häufenden Klagen der Schutzzöllner über eine von England ausgebeutete deutsche Volkswirtschaft³⁸⁾ dürfen jedoch nicht zu falschen Schlüssen über den Entwicklungsstand und die Entwicklungschancen der deutschen Wirtschaft führen. Gewiß zeigen alle zur Verfügung stehenden Daten, wie groß der Vorsprung des industriellen Pionierlandes gegenüber dem Nachzügler Deutschland noch war. In allen Kernbereichen der frühen Industrialisierung lag die britische Produktion noch weit über den für Deutschland ermittelten Zahlen. Die britische Steinkohlenförderung übertraf in der ersten Hälfte der vierziger Jahre die deutsche noch um mehr als das Siebenfache. Bei der Roheisenproduktion war der Vorsprung noch größer.³⁹⁾ Im Vergleich zu England verlief die gesamte Entwicklung der modernen großgewerblichen Produktion in Deutschland bis 1840 sowohl quantitativ als auch qualitativ im Hinblick auf die Durchsetzung neuer Technologien noch recht schleppend. 1840 betrug die PS-Kraft aller innerhalb des Deutschen Bundes eingesetzten Dampfmaschinen nur ganze 6 % der zur gleichen Zeit für England ermittelten Zahl.⁴⁰⁾ Fabriken, die mehrere hundert Arbeiter beschäftigten, waren bis zu Beginn der vierziger Jahre in Deutschland noch ausgesprochen selten. Während in Großbritannien in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur noch 23,2 % der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft, aber bereits 51,3 % in Industrie und Handwerk beschäftigt waren, lagen die Dinge in Deutschland mit 56 % und 23,6 % noch umgekehrt.⁴¹⁾

Trotz der in diesen Zahlen deutlich werdenden industriellen Rückständigkeit verharnte die deutsche Wirtschaft gegenüber Großbritannien um 1840 aber nicht mehr auf einem Niveau, das dem eines heuti-

³⁸⁾ Zur Tragfähigkeit und wirtschaftshistorischen Einordnung dieser Argumentation vgl. *Best*, Interessenspolitik (wie Anm. 25), 67 ff.; *Tilly*, Los von England (wie Anm. 5), 197 ff.

³⁹⁾ *B. R. Mitchell*, Statistischer Anhang, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte. The Fontana Economic History of Europe (wie Anm. 6), 485–534, bes. 503 f.

⁴⁰⁾ *David S. Landes*, Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart. Köln 1973, 211.

⁴¹⁾ Zahlen aus *Wolfgang Köllmann*, Die Industrielle Revolution. Stuttgart 1987, 41.

gen Entwicklungslandes entsprochen hätte.⁴²⁾ Die wirtschaftshistorische Forschung der letzten Jahre hat vielmehr gezeigt, daß die Ausgangslage der deutschen Wirtschaft und damit die Voraussetzungen eines erfolgreichen Aufholprozesses in der gesamten ersten Jahrhunderthälfte deutlich besser waren, als es der pessimistische Grundton der meisten zeitgenössischen Berichte vermuten läßt. Deutschland besaß bereits um 1800 eine recht breite Entwicklungsbasis, die dann sowohl in der Zeit der Kontinentalsperre als auch in den ebenfalls als wirtschaftlich schwierig eingestuften Jahren zwischen dem Wiener Kongreß und der Gründung des Zollvereins ausgebaut werden konnte. Die deutsche Wirtschaft befand sich nicht in einer Phase der Stagnation, sie verzeichnete vielmehr trotz aller Krisen eine kontinuierliche Expansion, die in allen Sektoren zu spüren war.⁴³⁾

Es wird geschätzt, daß sich die Produktion der Landwirtschaft, des mit Abstand größten Sektors der deutschen Wirtschaft, in der ersten Jahrhunderthälfte verdoppelt hat und damit schneller wuchs als die Bevölkerung. Obwohl die letzte Hungerkrise alten Typs 1846/47 nicht verhindert werden konnte und in bezug auf Deutschland keine Rede davon sein kann, daß die Industrielle Revolution durch eine vorangegangene Agrarrevolution ihren entscheidenden Schub erhalten habe, erbrachte die Landwirtschaft sowohl bei der Nahrungsmittelversorgung als auch durch Exporterlöse beachtliche Leistungen, die der Industrialisierung langfristig zugute kamen.⁴⁴⁾ Auch der Handels- und Verkehrssektor zeichnete sich schon vor der Zollvereinsgründung und dem Eisenbahnbau durch beachtliche Expansionstendenzen aus.⁴⁵⁾ Mit dieser wachsenden Effizienz der wesentlichen nichtindustriellen Sektoren

⁴²⁾ *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14.), 26

⁴³⁾ Vgl. hierzu auch *Karl-Heinrich Kaufhold*, Ausgangssituation im 18. Jahrhundert und Entwicklung bis ca. 1835, in: Hans Pohl (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Technologie und Arbeitszeit im internationalen Vergleich. (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Beiheft 24.) Wiesbaden 1983, 17–54; *Spee*, Wachstumstrends (wie Anm. 12), 111.

⁴⁴⁾ Zur Debatte über die Bedeutung der Landwirtschaft im deutschen Industrialisierungsprozeß *Wehler*, Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14.), 27 ff.; *Toni Pierenkemper* (Hrsg.), Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreform und Agrarrevolution. Stuttgart 1989.

⁴⁵⁾ Vgl. *Martin Kutz*, Deutschlands Außenhandel von der Französischen Revolution bis zur Gründung des Zollvereins. Eine statistische Strukturuntersuchung zur vorindustriellen Zeit. (VSWG Beiheft 61.) Wiesbaden 1974.

wurden vor 1840 wichtige Vorbedingungen eines erfolgreichen Industrialisierungsprozesses⁴⁶⁾ erfüllt.

Auch die großgewerbliche Produktion sowie der Bergbau verzeichneten schon zwischen 1815 und 1835 Zuwächse, wenngleich die Fortschritte im Fabrikwesen noch nicht mit dem späteren Tempo zu vergleichen waren. Man spricht zu Recht von einem noch langsamen, beschwerlichen Aufstieg der modernen großgewerblichen Produktion, der aber schon Mitte der dreißiger Jahre zumindest in den Führungsregionen der deutschen Industrialisierung in eine lebhaftere Entwicklung industrieller Wachstumskräfte einmündete. Diese Belebung betraf vor allem die Baumwollindustrie⁴⁷⁾, sie schlug sich aber auch bereits in den Bereichen Maschinenbau, Kohlenbergbau und Schwerindustrie nieder. Gewiß sollte man die Ausmaße dieser konjunkturellen Belebung nicht überschätzen. Weder die Zollvereinsgründung⁴⁸⁾ noch der Eisenbahnbau gaben in den dreißiger Jahren den entscheidenden Anstoß zu einem qualitativen Sprung im Sinne eines Take-Off. Dennoch wurden durch die Erweiterung der Märkte und den beginnenden Eisenbahnbau wichtige Grundlagen geschaffen, auf denen dann in den vierziger Jahren ein Wachstumskern entstand, der den entscheidenden Schub der deutschen Industriellen Revolution einleitete.⁴⁹⁾

Nachdem sich das Tempo des Eisenbahnbaus in den dreißiger Jahren noch in Grenzen gehalten hatte und bis 1840 im Gebiet des späteren Reiches erst 579 Streckenkilometer gebaut waren, wuchs die Streckenlänge im folgenden Jahrzehnt auf beachtliche 7123 Kilometer an. Die

⁴⁶⁾ *Simon Kuznets*, Die wirtschaftlichen Vorbedingungen der Industrialisierung, in: Rudolf Braun u.a. (Hrsg.), *Industrielle Revolution. Wirtschaftliche Aspekte*, Köln 1972, 17–34.

⁴⁷⁾ *Günter Kirchhain*, Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert, Diss. Münster 1971.

⁴⁸⁾ Zu den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Zollvereins *Rolf H. Dumke*, Die wirtschaftlichen Folgen des Zollvereins, in: Werner Abelshäuser/Dietmar Petzina (Hrsg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte im Industriezeitalter*, Düsseldorf 1981, 241–273. Dumke warnt eindringlich davor, die unmittelbaren Folgen des Zollvereins zu überschätzen. In der neuesten Literatur wird dem Abbau der Binnenzölle jedoch wieder mehr Bedeutung für die Förderung der modernen Industrie beigemessen. Vgl. *Wehler*, *Gesellschaftsgeschichte* (wie Anm. 14), 135; *Tilly*, *Vom Zollverein* (wie Anm. 12), 39 ff.

⁴⁹⁾ Vgl. *Karl-Heinrich Kaufhold*, *Handwerk und Industrie 1800–1850*, in: *Aubin/Zorn* (Hrsg.), *Handbuch* (wie Anm. 16), 321–368, bes. 354; *Borchardt*, *Wirtschaftliches Wachstum* (wie Anm. 16), 202 f.

Investitionen in den überwiegend von privaten Aktiengesellschaften betriebenen Eisenbahnbau stiegen in diesem Jahrzehnt um das Achtfache und umfaßten damit zwischen 20 und 30 % der gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen.⁵⁰⁾ Diese Investitionen in den neuen Verkehrsträger, die durch überdurchschnittliche Kapitalverzinsung, hohe Gewinnerwartungen und steigende Transportnachfrage getragen wurden und sich bis Ende 1847 auf hohem Niveau hielten, sind aus mehreren Gründen als ein wichtiger Einschnitt im deutschen Industrialisierungsprozeß anzusehen. Sie schufen erstens die Grundlagen jenes schwerindustriellen Führungssektors aus Eisenbahnen, Eisen- und Stahlindustrie, Steinkohlenbergbau und Maschinenbau, der sich dann bis in die siebziger Jahre als der eigentliche Motor der deutschen Industriellen Revolution⁵¹⁾ erweisen sollte. Sie schlugen sich zweitens schon in den vierziger Jahren in einem neuen Typ des Konjunkturverlaufs nieder. Drittens beschleunigte der Eisenbahnbau, der sich zunächst eher auf die schon weiter entwickelten Gebiete konzentrierte, die Herausbildung industrieller Führungsregionen. Viertens zwang der Bahnbau die deutschen Staaten zu neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich günstig auf die weitere industrielle Entwicklung auswirkten. Und fünftens stärkte er in ganz entscheidendem Maße jene gesellschaftlichen Kräfte, die den industriellen Fortschritt bejahten und durchzusetzen versuchten.

Zunächst zu den wirtschaftlichen Folgen: Der Eisenbahnbau der vierziger Jahre löste durch seinen Bedarf an Eisen und Stahl, Steinkohle und Maschinen in den betreffenden Sektoren entscheidende Rückkopplungseffekte aus. Die Steinkohlenproduktion in Preußen wuchs zwischen 1840 und 1850 um etwa 60 %.⁵²⁾ Die gleichzeitig

⁵⁰⁾ Ausführlich hierzu *Rainer Fremdling*, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840 bis 1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur. Dortmund² 1985, 13 ff.; *Jan C. Bongaerts*, Financing Railways in the German States, in: *Journal of European Economic History (JEEH)* 14, 1985, 331–345; *Patrick O'Brien* (Hrsg.), Railways and the Economic Development of Western Europe, 1830–1914. New York 1983; *ders.*, Transport and Economic Growth in Western Europe 1830–1914, in: *JEEH* 11, 1982, 335–367.

⁵¹⁾ Zur Funktion von Führungssektoren vgl. *Walt W. Rostow*, Theorists of Economic Growth from David Hume to the Present. With a Perspective on the Next Century. New York 1990, 459 ff., 681; hierzu auch *Volker Hentschel*, Leitsektorales Wachstum und Trendperioden. Rostows Konzept modernen Wirtschaftswachstums in theoriegeschichtlicher Perspektive, in: *VSWG* 80, 1993, 197–208.

⁵²⁾ Ausführlich *Holtferrich*, Quantitative Wirtschaftsgeschichte (wie Anm. 9).

rasch ansteigende Nachfrage nach Lokomotiven, Eisenbahnschienen und sonstigem Material konnte zwar von der deutschen Industrie zunächst auch nicht annähernd befriedigt werden. Man war noch auf umfangreiche Importe angewiesen, die erheblich zu der erwähnten Lücke in der Handelsbilanz beitrugen. Dennoch erhielten die betreffenden deutschen Zweige schon in den vierziger Jahren beträchtliche Wachstumsimpulse.⁵³⁾ Am bemerkenswertesten war die Importsubstitution auf dem Felde des Maschinenbaus. Noch 1843 kamen über 88 % der Lokomotiven aus dem Ausland. Bis 1850 kamen dagegen schon zwei Drittel der 1083 eingesetzten Lokomotiven von deutschen Herstellern, die wie Borsig, Kessler, Henschel oder Maffei in den vierziger Jahren bemerkenswerte Produktionssteigerungen verzeichneten. Bei den Eisenbahnschienen und anderen Ausrüstungsgegenständen verlief dieser Substitutionsprozeß nicht ganz so schnell. Aber gerade die eisenverarbeitende Industrie konnte, unterstützt von einer geschickten Zollpolitik, schon in den vierziger Jahren ihre Produktion beträchtlich vergrößern, während die Steigerungsraten der Roheisenproduktion vor 1850 noch bescheidener ausfielen. Die aus dem Eisenbahnbau resultierende Nachfrage führte somit in den unmittelbar davon betroffenen Branchen zu Kapazitätserweiterungen und technischen Innovationen.⁵⁴⁾ All dies schlug sich zudem bereits im Konjunkturverlauf der vierziger Jahre deutlich nieder.

Der schwerindustrielle Führungssektor führte mit seinem überdurchschnittlichen Wachstum Mitte der vierziger Jahre zu jenem ersten Wachstumszyklus der deutschen Wirtschaft, dessen Impulse primär aus dem industriell-gewerblichen Bereich kamen. Schon Spiethoff und Schumpeter hatten in ihren konjunkturhistorischen Arbeiten darauf verwiesen, daß in den frühen vierziger Jahren ein erster, von der Produktionsgüterindustrie ausgehender Wachstumszyklus festzustellen

⁵³⁾ Ausführlich hierzu *Rainer Fremdling*, Technologischer Wandel und internationaler Handel im 18. und 19. Jahrhundert. Die Eisenindustrien in Großbritannien, Belgien, Frankreich und Deutschland, Berlin 1986; *Horst Wagenblaß*, Der Eisenbahnbau und das Wachstum der deutschen Eisen- und Maschinenbauindustrie 1835 bis 1860, Stuttgart 1973; *Friedrich-Wilhelm Henning*, Eisenbahnbau und Entwicklung der Eisenindustrie in Deutschland, in: Archiv und Wirtschaft 6, 1973, 1–20.

⁵⁴⁾ Anschauliche Beispiele bei *Rainer Fremdling*, Industrialisierung und Eisenbahnbau. Der Anstoß zur Entwicklung der deutschen Schwerindustrie, in: Zug der Zeit – Zeit der Züge. Deutsche Eisenbahn 1835–1985, hrsg. von der Eisenbahnjahr Ausstellungsgesellschaft, Bd. 1, Berlin 1985, 121–133.

sei, der die Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung eingeleitet habe. Reinhard Spree hat dann in den siebziger Jahren gestützt auf 48 aussagekräftige Konjunkturindikatoren neue Ergebnisse vorgelegt.⁵⁵⁾ Auch er kommt dabei zu dem Schluß, daß die vierziger Jahre den ersten industriellen Wachstumszyklus der deutschen Wirtschaftsgeschichte brachten, weicht aber in der Datierung von der älteren Konjunkturforschung ab. Während Schumpeter und Spiethoff den Wendepunkt auf die Jahre 1842/43 datierten, arbeitet Spree heraus, daß es zwischen 1840 und 1843 trotz rasch wachsender verkehrs- und industriewirtschaftlicher Investitionen nur ein gedämpftes Wachstum gegeben habe. Das Jahr 1844 sei dann durch einige ungünstige Faktoren geprägt gewesen, die zu einer „Revision der Investitionsplanung der Eisenbahnen und einem Rückgang der realen Investitionsnachfrage“ und damit zu einem leichten Konjunkturereinbruch geführt hätten. Aber schon im folgenden Jahr trat eine Tendenzwende ein, die vor allem von Eisenbahn und Schwerindustrie, aber auch vom Handel sowie dem Geld- und Kreditsektor getragen wurde. Das Volumen der geschäftlichen Transaktionen stieg nach Spree zwischen 1845 und 1847 in einem Maße an, daß man trotz der Krisenerscheinungen in anderen Teilen der Wirtschaft und der 1846/47 folgenden Hungersnot breiter Bevölkerungsschichten „von einem gesamtwirtschaftlich relevanten Aufschwung“ sprechen könne.⁵⁶⁾

War dies nun der „wuchtige Auftakt“ der „deutschen Industriellen Revolution“?⁵⁷⁾ Manches scheint auf den ersten Blick dagegen zu sprechen. Eine gesamtwirtschaftlich beachtliche Investitionstätigkeit läßt sich eigentlich nur im Eisenbahnbau feststellen. Das Ausmaß der involvierten ökonomischen Transaktionen und auch die vom Bahnbau ausgelösten Beschäftigungseffekte werden von Spree noch als recht bescheiden bezeichnet. Trotz der nicht zu unterschätzenden arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Bahnbaus, der zeitweise über 175 000 Bauarbeiter beschäftigte⁵⁸⁾, konnten die neuen Erwerbchancen die Zuspitzung der Pauperismuskrisis nicht verhindern. Hinzu kam aber vor al-

⁵⁵⁾ Vgl. *Spree*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 240 ff. Ferner: *ders.*, Wachstumstrends (wie Anm. 12); *ders./Wilhelm Schröder* (Hrsg.), Historische Konjunkturforschung, Stuttgart 1980; *Richard H. Tilly*, Renaissance der Konjunkturgeschichte?, in: GG 6, 1980, 243–262.

⁵⁶⁾ *Spree*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 325.

⁵⁷⁾ So *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 613.

⁵⁸⁾ Hierzu ausführlich *Fremdling*, Eisenbahnen (wie Anm. 53), 97 f.

lem, daß der noch wesentlich größere Teil der deutschen Volkswirtschaft durch die schwere Agrarkrise und die damit verbundenen Konjunkturerinbrüche der Konsumgüterindustrie zur gleichen Zeit eine völlig gegenläufige Konjunktorentwicklung aufwies. Durch diesen entgegengesetzten Verlauf des agrarwirtschaftlichen Wirtschaftsblocks hatte der schwerindustrielle Aufschwung von Anfang an nur eine schwache Basis. Darüber hinaus litt er schon bald darunter, daß der monetäre Sektor den gleichzeitigen Belastungen aus der Agrarkrise und den rasch wachsenden Anforderungen des industriellen Aufschwungs nicht gewachsen war. Kreditverknappungen und Zinssteigerungen führten schon 1846 zu Finanzierungsproblemen im Eisenbahnbau. In der zweiten Hälfte des folgenden Jahres setzten sich, verstärkt durch eine internationale Banken- und Börsenkrise, die rezessiven Impulse auch im Produktionsgüterbereich vollends durch. Noch vor Ausbruch der Revolution von 1848 war der Aufschwung des Produktionsgütersektors wieder zusammengebrochen.⁵⁹⁾ Die revolutionären Ereignisse haben die Depression dann noch zusätzlich verschärft.⁶⁰⁾ Erst nach 1850 sollte sich die Investitionstätigkeit allmählich wieder beleben und einen neuen Konjunkturaufschwung einleiten, der nun viel kräftiger ausfiel und von längerer Dauer war.⁶¹⁾

Schließlich dürfte auch der Beitrag, den der schwerindustrielle Wachstumszyklus zwischen 1845 und 1847 zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitrug, vergleichsweise bescheiden geblieben sein. Insgesamt scheint zwar das Wachstum der dreißiger und vierziger Jahre nach neuesten, durch ein disparates Zahlenmaterial höchst schwierigen Berechnungen höher gewesen zu sein, als es frühere Schätzungen ver-

⁵⁹⁾ Zur Konjunktorentwicklung ausführlich *Spree*, Wachstumszyklen (wie Anm. 12), 320 ff.; *Bergmann*, Wirtschaftskrise (wie Anm. 33); *ders.*, Ökonomische Voraussetzungen (wie Anm. 34); *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 641 ff.; *Borchardt*, Wirtschaftliches Wachstum (wie Anm. 16), 256 ff.

⁶⁰⁾ Im April 1848 schrieb das Zollvereinsblatt: „Die materielle Noth der Zeit, die fast totale Stockung in allen Geschäften, die unerhörten Schwankungen des Privat- und öffentlichen Credits, der continuirlich steigende Goldpreis und die angesichts des ungeheueren Geldbedürfnisses immer mehr verschwindende Aussicht, denselben auf dem früheren Grad wieder fixiert zu sehen, machen ein radicales Mittel nothwendig, wenn der ärgsten Zerstörung des Staats- und Privatwohlstandes, welches die Welt seit langem gesehen hat, vorgebeugt werden soll.“ Zitiert nach *Bergmann*, Wirtschaftskrise (wie Anm. 34), 53.

⁶¹⁾ Zu Konjunktur und Wachstum nach 1850 vgl. *Spree*, Wachstumszyklen (wie Anm. 16), 331 ff.

muten ließen. Während Henning in bezug auf die gesamte erste Jahrhunderthälfte noch von einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des Nettosozialprodukts von etwa 0,14 % pro Kopf der Bevölkerung ausging⁶²⁾, halten neuere Berechnungen Wachstumsraten von bis zu 0,5 % für möglich⁶³⁾ und schätzen den bis 1850 erreichten Stand höher ein.⁶⁴⁾ Dennoch sollte man auch die optimistischeren Schätzungen nicht überbewerten. Von den Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre, die auf 1,6 % geschätzt worden sind⁶⁵⁾, war die deutsche Volkswirtschaft vor 1850 noch weit entfernt. Vor allem aber ist kaum anzunehmen, daß zwischen 1845 und 1847 eine größere Steigerungsrate des Nettosozialprodukts erreicht worden sei, weil dem schwerindustriellen Aufschwungzyklus die geschilderten gegenläufigen Tendenzen mit ihren schlimmen sozialen Folgen gegenüberstanden.

Angesichts des kurzen und von anderen Krisensektoren begleiteten Aufschwungzyklus bleiben natürlich Zweifel, ob man die vierziger Jahre unter konjunktur- und wachstumshistorischen Aspekten wirklich als Zäsur des deutschen Industrialisierungsprozesses ansehen sollte. Wägt man alle in Betracht gezogenen Faktoren noch einmal ab, so scheint aber ein differenziertes Befürworten der Zäsur durchaus gerechtfertigt. Das Bild eines wuchtigen Auftaktes oder Beginn des „großen Spurts“ mag überzogen sein und zu einer etwas verzerrten Wahrnehmung führen.⁶⁶⁾ Aber unbestritten ist, daß wesentliche Elemente

⁶²⁾ Vgl. *Henning*, Industrialisierung (wie Anm. 6), Tabelle 2, 25.

⁶³⁾ So *Kaufhold*, Ausgangssituation (wie Anm. 43), 18 ff., der sich auf die Zeit von 1800 bis 1835 bezieht.

⁶⁴⁾ Vgl. *Rainer Fremdling*, German National Accounts for the 19th and Early 20th century. A Critical Assessment, in: VSWG 76, 1988, 339–357.

⁶⁵⁾ Vgl. *Wolfram Fischer*, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Anmerkungen zum „deutschen Sonderweg“, in: *Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte* 16, 1987, 96–116, 110; *Paul Bairoch*, Europe's Gross National Product 1800–1975, in: *JEEH* 5, 1976, 273–340, hier 286; *Kaelble*, Der Mythos (wie Anm. 22), 106 ff. Auf deutlich höhere Zahlen kommt *Carl-Ludwig Holtfreich*, The Growth of Net Domestic Product in Germany 1850–1913, in: *Rainer Fremdling/Patrick O'Brien* (Hrsg.), *Productivity in the Economies of Europe in the 19th and 20th Centuries*, Stuttgart 1982, 124–132.

⁶⁶⁾ Zur Fundamentalkritik an dieser Verlaufsschilderung vgl. *Cameron*, The Industrial Revolution u. dergl., A New View (wie Anm. 10). Danach gilt auch für Deutschland: „In fact, gradual industrialization has been the norm, explosive growth the exception.“ A New View, 9. Vgl. ferner am Beispiel Englands *Edward A. Wrigley*, Continuity, Chance and Change. The Character of the Industrial Revolution in England. Cambridge 1988.

der neuen industriellen Welt im Deutschland der vierziger Jahre klarer hervortraten als jemals zuvor. Dies galt vor allem für die Konjunkturbe-
 wegungen, die den Zeitgenossen noch weitgehend verborgen blieben,
 aber auch für den sich herausbildenden schwerindustriellen, das künftige
 Wachstum tragenden Führungssektor, der mit dem sichtbarsten
 wirtschaftlichen Fortschritt, den Eisenbahnen, schon sehr viel deutlicher
 wahrgenommen werden konnte. Hinzu kam als dritter Faktor die
 sich spürbar beschleunigende Entwicklung in den industriellen Füh-
 rungsregionen, die ebenfalls als Argument für die Zäsur der vierziger
 Jahre herangezogen werden kann.

Der europäische Industrialisierungsprozeß ist lange Zeit vor allem
 aus der Perspektive des Nationalstaats untersucht worden. Erst in den
 letzten Jahrzehnten rückte die Rolle der Region immer stärker in den
 Mittelpunkt des Interesses. Die Industrielle Revolution, so hat es be-
 sonders Sidney Pollard betont, war weder im Pionierland England noch
 bei den Nachzüglern des Kontinents ein flächendeckendes, sondern vor
 allem ein regionales Phänomen.⁶⁷⁾ Innerhalb der einzelnen Staaten war
 die Industrialisierung in aller Regel durch einen recht ungleichgewich-
 tigen Wachstumsprozeß bestimmt. Für Deutschland zeichnen sich da-
 bei drei Grundmuster ab. Erstens gab es industrielle Führungsregionen,
 die teilweise aufgrund alter Gewerbetraditionen, teilweise durch die
 nun geförderten Rohstoffvorkommen und eine Fülle anderer günstiger
 Faktoren – etwa gute Verkehrsanbindungen oder eingespielte Ge-
 schäftsbeziehungen – relativ früh auf die Bahn der Industrialisierung
 einschwenkten. An zweiter Stelle sind die Nachzüglerregionen zu nen-
 nen, wo die Entwicklung sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahr-
 hunderts spürbar beschleunigte und einen wirtschaftlichen Aufholpro-

⁶⁷⁾ *Sidney Pollard, Industrialization and the European Economy*, in: *The Economic History Review* 26, 1973, 636–648; *ders.* (Hrsg.), *Region und Industrialisierung. Studien zur Rolle der Region in der Wirtschaftsgeschichte der letzten zwei Jahrhunderte. – Region and Industrialization. Studies on the Role of the Region in the Economic History of the Last Two Centuries*, Göttingen 1980; *ders.*, *Peaceful Conquest. The Industrialization of Europe 1760–1970*, Oxford 1981, 111 ff. Vgl. ferner die wichtigen Beiträge zur Forschungsdiskussion von *Hubert Kiesewetter*, Erklärungshypothesen zur regionalen Industrialisierung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *VSWG* 67, 1980, 305–333; *ders.*, Regionale Industrialisierung in Deutschland zur Zeit der Reichsgründung. Ein vergleichend-quantitativer Versuch, in: *VSWG* 73, 1986, 38–60; *ders./Rainer Fremdling* (Hrsg.), *Staat, Region und Industrialisierung*, Ostfildern 1985.

zeß einleitete. Und drittens gab es die agrarisch strukturierten oder de-industrialisierten Regionen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts immer weiter hinter die dynamischen Wirtschaftszentren zurückfielen.

Für unsere Fragestellung ist vor allem von Interesse, inwieweit die Führungsregionen in den vierziger Jahren bereits eine besondere Dynamik entfalteten. Die vorliegenden Ergebnisse, etwa zum Königreich Sachsen oder zu den preußischen Rheinlanden, zeigen sehr klar, daß es hier gerade im Jahrzehnt vor der Revolution von 1848/49 entsprechende Wachstumsschübe gegeben hat und daß sich der Entwicklungsvorsprung dieser Regionen in diesen Jahren deutlich vergrößerte. In Sachsen verzeichnete vor allem der Maschinenbau, der zuvor schon durch die Textilindustrie wichtige Impulse erhalten hatte, eine rasche Aufwärtsentwicklung. Die Zahl der in Sachsen gebauten Dampfmaschinen stieg in den vierziger Jahren, vor allem seit 1845 sprunghaft an. Kiesewetter hebt hervor: „Zweifellos waren die Jahre um 1845 neben der Aufbruchsstimmung nach dem Zollvereinsbeitritt für den Durchbruch der sächsischen Industrialisierung zum selbsttragenden Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung.“⁶⁸⁾ 1849 waren in Sachsen schon weit mehr Erwerbstätige im Bereich Handwerk und Industrie beschäftigt als in der Landwirtschaft. Auch in der für die gesamte deutsche Entwicklung so wichtigen Industrieregion Ruhrgebiet waren bis zur Jahrhundertmitte mit dem Wachstum der Steinkohlenproduktion, der sich beschleunigenden Einführung neuer Techniken in der Eisenindustrie und dem aufblühenden Maschinenbau „die Muster weiterer struktureller Entwicklung“ bereits vorgezeichnet.⁶⁹⁾ Wachstumsschübe, die meist ebenfalls vor allem von der Dynamik des regional konzentrierten schwerindustriellen Führungssektors ausgingen, lassen

⁶⁸⁾ *Hubert Kiesewetter*, *Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert*. Köln/Wien 1988, 462.

⁶⁹⁾ *Wolfgang Köllmann*, *Industrieregion Ruhrgebiet. Aufstieg, Strukturwandel und neuer Aufbruch*, in: *VSWG* 78, 1991, 305–325, hier 309. Ausführlich hierzu *ders.* u.a. (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, 2 Bde. Düsseldorf 1990.

sich ferner im Raum Berlin⁷⁰⁾, an der Saar, in Oberschlesien, am Niederrhein und in kleineren Zentren Süddeutschlands feststellen.⁷¹⁾

In diesen wirtschaftlichen Führungsregionen traten schon in den vierziger Jahren alle wesentlichen qualitativen Merkmale der Industriellen Welt⁷²⁾ zunehmend deutlicher hervor: Es gab einen immer breiteren Einsatz der neuen Produktionstechniken; die bislang vergleichsweise wenig verwendeten natürlichen Rohstoffe, vor allem Kohle und Eisen, wurden in steigenden Mengen genutzt; das Fabriksystem als Organisationsform arbeitsteiliger Wirtschaft gewann nun schneller an Bedeutung; und für immer mehr Menschen dieser Regionen wurde damit die freie Lohnarbeit⁷³⁾ zur Haupterwerbsform. In den Wachstumsraten der gesamten deutschen Wirtschaft schlugen sich all diese regionalen Fortschritte vor 1850 erst in geringem Umfang nieder. Betrachtet man die einzelnen Regionen, so erhält man aber ein viel dynamischeres Bild, das nicht gleich wieder durch gesamtwirtschaftliche Berechnungen statistisch eingeebnet werden sollte. Nicht für den Deutschen Bund oder den Zollverein als Ganzes, wohl aber für die industriellen Führungsregionen erscheinen die vierziger Jahre daher durchaus als eine wichtige Zäsur in der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch daran, daß die betroffenen Staaten gerade durch die Entwicklung in diesen Regionen zu neuen wirtschaftspolitischen Ansätzen gezwungen wurden.

II. Staat und Industrielle Revolution

Die Rolle des Staates im Prozeß der Industrialisierung gehört zu jenen Themen, mit denen sich besonders die deutsche Forschung lange

⁷⁰⁾ Vgl. hierzu *Otto Büsch* (Hrsg.), *Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg*, Berlin 1971; *ders.*, *Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800–1850*, Berlin 1971.

⁷¹⁾ Zusammenfassung der neueren Forschung und Überblick zur neueren Literatur bei *Toni Picrenkemper*, *Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1994, 100 ff.

⁷²⁾ Vgl. *Borchardt*, *Wirtschaftliches Wachstum* (wie Anm. 16), 198.

⁷³⁾ Vgl. hierzu jetzt *Jürgen Kocka*, *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn 1990, der ebenfalls die These vertritt, daß „in den vierziger Jahren eine deutliche Beschleunigung des Wandels eintrat“, 65.

Zeit sehr intensiv befaßt hat.⁷⁴⁾ Vielfach ist die Ansicht vertreten worden, daß gerade die deutsche Rückständigkeit gegenüber der ökonomischen Entwicklung in England dem Staat eine besondere Aufgabe bei der Förderung des industriellen Aufholprozesses zugewiesen habe.⁷⁵⁾ In der Tat spielte der Staat im deutschen Industrialisierungsprozeß eine wichtigere Rolle als etwa in Großbritannien. Seine Funktion als treibende Kraft des Industrialisierungsprozesses ist allerdings vor allem in der älteren Forschung vielfach weit überschätzt worden. Dies gilt insbesondere für den preußischen Staat.⁷⁶⁾ Die Industrialisierung Preußens, die zugleich wichtige Anstöße für die gesamtdeutsche Entwicklung gab, ist in der Literatur teilweise als eine Art „staatliche Veranstaltung“ dargestellt worden.⁷⁷⁾ Nach den Ergebnissen der neueren Forschung muß freilich entschieden davor gewarnt werden, die deutsche Industrialisierung als einen vom Staat geplanten und maßgeblich gesteuerten Vorgang zu begreifen. Selbst viele jener staatlichen Weichenstellungen, die wie die preußischen und rheinbündischen Reformen oder die Gründung des Zollvereins gesellschaftliche und wirtschaftliche Hindernisse beiseite räumten und damit den Strukturwandel begünstigten, waren keineswegs Bestandteil einer zielgerichteten Industrialisierungspolitik. Die preußische Gewerbefreiheit zielte noch mehr auf die Modernisierung der ländlichen Produktionsverhältnisse als auf In-

⁷⁴⁾ Grundlegend hierzu noch immer *Fischer*: Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft (wie Anm. 4). Vgl. ferner *Hans Jaeger*, Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland, Frankfurt am Main 1988; *Hubert Kiesewetter/Rainer Fremdling* (Hrsg.), Staat, Region und Industrialisierung, Ostfildern 1985; *Jürgen Kocka*, Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: *Economic History Review* 34, 1981, 455–470; *Lee*, Economic Development and the State (wie Anm. 24).

⁷⁵⁾ Hierzu generell *Alexander Gerschenkron*, Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Geschichte und Ökonomie, Köln 1973, 121–142.

⁷⁶⁾ Vgl. *William O. Henderson*, The State and the Industrial Revolution in Prussia, 1740–1870, Liverpool 1958; *Ilja Miecz*, Preußische Gewerbepolitik in Berlin 1806–1844, Staatshilfe und Privatinitiative zwischen Merkantilismus und Liberalismus, Berlin 1965; *Ulrich Peter Ritter*, Die Rolle des Staates in den Frühstadien der Industrialisierung, Die preußische Industrieförderung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1961; *Wolfgang Radtke*, Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung, Berlin 1981.

⁷⁷⁾ Vgl. *Fischer/Simsch*, Industrialisierung in Preußen (wie Anm. 24), 103.

dustrialisierung im großen Stil.⁷⁸⁾ Bei der Zollvereinsgründung spielten fiskalische Überlegungen noch eine größere Rolle als wirtschaftliche.⁷⁹⁾ Und die Gewerbeförderungspolitik vieler deutscher Staaten war, wie Wolfram Fischer am badischen Beispiel gezeigt hat, bis 1840 meist noch keine moderne Industrialisierungspolitik, sondern im wesentlichen Mittelstandspolitik im alten Sinne, also auf die Neufundierung agrarisch-kleingewerblicher Verhältnisse ausgerichtet.⁸⁰⁾

Trotz des Fehlens einer planerischen Industrialisierungspolitik waren die vom Staat gesetzten legislativen Rahmenbedingungen und auch das administrative Handeln für den Industrialisierungsverlauf jedoch alles andere als unbedeutend. Selbst für England, wo es lange Zeit „zum Mythos der Industriellen Revolution“ gehörte, „daß sie der Passivität des Staates weit mehr verdanke als seinem Eingreifen“, darf die Rolle des Staates nicht unterschätzt werden.⁸¹⁾ Um so wichtiger war sie deshalb für das lange Zeit wirtschaftlich und gesellschaftlich noch zurückstehende Deutschland, wo viele Grundbedingungen erst geschaffen werden mußten, die in den fortgeschritteneren westeuropäischen Staaten schon vor Beginn der Industrialisierung bestanden. Aus all diesen Gründen wird den institutionellen Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in letzter Zeit wieder ein großes Gewicht beigemessen, wobei es nicht allein um die bloße Aufhebung von Beschränkungen der Freizügigkeit geht, sondern auch um die Spezifizierung und Durchsetzung von wachstumsfördernden Eigentumsrechten an Gütern und Dienstleistungen.⁸²⁾ Knut Borchardt hat zur Bedeutung dieser neuen Ansätze geschrieben: „Wenn man wissen will, wie Wachstum beginnt und wie man Entwicklung fördert, ist institutioneller Wan-

⁷⁸⁾ Vgl. *Barbara Vogel*, Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preussischen Staatskanzlers Hardenberg (1810–1820). Göttingen 1983.

⁷⁹⁾ Vgl. *Dunke*, Die wirtschaftlichen Folgen (wie Anm. 48), 265; *Hans-Werner Hahn*, Geschichte des Deutschen Zollvereins. Göttingen 1984, 79.

⁸⁰⁾ *Wolfram Fischer*, Planerische Gesichtspunkte bei der Industrialisierung in Baden, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft (wie Anm. 4), 75–85, hier 78.

⁸¹⁾ *Phyllis Deane*, Die Rolle des Staates, in: Braun, Industrielle Revolution (wie Anm. 46), 272–286, bes. 272. Vgl. ferner *Hudson*, Industrial Revolution (wie Anm. 11), 51 ff.

⁸²⁾ Hierzu vor allem *North*, Theorie des institutionellen Wandels (wie Anm. 23), 163 ff.

del – wie wir heute aus der Entwicklungsländerproblematik wieder lernen können – ein, ja vielleicht das Hauptproblem.“⁸³⁾

Können nun die vierziger Jahre in Deutschland auch in dieser Hinsicht als eine Zäsur angesehen werden? Dies soll im folgenden an Hand von drei unterschiedlichen staatlichen Einwirkungen auf die wirtschaftlichen Prozesse überprüft werden: an der Rolle des Staates als Gesetzgeber, als Investor und Konsument sowie als Administrator und Unternehmer.⁸⁴⁾ Was die Gesetzgebung angeht, so standen die deutschen Staaten gerade in dem hier behandelten Jahrzehnt insofern vor neuen Herausforderungen, als zum einen die vielfältigen Krisenerscheinungen eine Überprüfung des bisherigen wirtschaftspolitischen Handelns erzwangen und zum anderen auch der sich beschleunigende wirtschaftliche Fortschritt, insbesondere der Eisenbahnbau, neue staatliche Grundsatzentscheidungen verlangte. Zahlreiche deutsche Regierungen griffen schon vor der Revolution von 1848/49 diese Herausforderungen auf und schufen mit neuen Gesetzen wichtige Voraussetzungen zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Tempos.

Dies galt insbesondere für Preußen, wo nach einer längeren Phase der Unschlüssigkeit und des Stillstandes der zu Beginn des Jahrhunderts eingeschlagene Liberalisierungskurs mit mehreren neuen Gesetzen bekräftigt wurde. Das mühsam gegen konservative Widerstände durchgesetzte Aktiengesetz von 1843 konnte zwar wegen des beibehaltenen Konzessionensystems nicht alle Wünsche des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums erfüllen, aber es räumte doch den für den Aufbau der großgewerblichen Wirtschaft unentbehrlichen Aktiengesellschaften einen ganz neuen, größeren Handlungsspielraum ein.⁸⁵⁾ Die zum gleichen Zeitpunkt erlassenen Gesetzesbestimmungen über Einwohnerrechte, Unterstützungspflichten und Freizügigkeit von 1842/43⁸⁶⁾ waren ein weiterer wichtiger Deregulierungsschritt, durch den „die Ausbildung genuin kapitalistischer Arbeitsmärkte“ vorangetrieben wur-

⁸³⁾ *Borchardt*, Der „Property Rights-Ansatz“ (wie Anm. 23), 148.

⁸⁴⁾ Zur Einordnung der unterschiedlichen staatlichen Funktionen vgl. *Fischer*, Das Verhältnis (wie Anm. 4).

⁸⁵⁾ Vgl. *Paul C. Martin*, Die Entstehung des preußischen Aktiengesetzes von 1843, in: *VSWG* 56, 1969, 499–542.

⁸⁶⁾ Ausführlich *Reinhard Koselleck*, Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848. Stuttgart ²1975, 631 ff.

de.⁸⁷⁾ Zwei Jahre später wurde die neue preußische Gewerbeordnung erlassen, die nun für ganz Preußen eine weitgehend am Prinzip der Gewerbefreiheit orientierte Rechtsgrundlage schuf und insbesondere die staatlichen Regulierungsansprüche bei Gewerbeansiedlungen deutlich reduzierte. Ob die Gewerbefreiheit für die industrielle Entwicklung eine so entscheidende Rolle gespielt hat, ist in der Forschung zwar umstritten.⁸⁸⁾ Vieles spricht aber dafür, daß die Gewerbefreiheit in dem umfassenden Wandlungsprozeß des Handwerks mehr als „ein neutraler oder belangloser Faktor“ war.⁸⁹⁾ So besaß die 1845 erlassene preußische Gewerbeordnung für das Wirtschaftsbürgertum eine nicht unwichtige Signalwirkung. Auch in der Kommunalpolitik kam der preußische Staat mit der rheinischen Gemeindeordnung von 1845⁹⁰⁾ den spezifischen Interessen des Wirtschaftsbürgertums in einer der aufstrebenden Industrieregionen weit entgegen, indem er die kommunalpolitische Macht dieses Wirtschaftsbürgertums stärkte und die kommunalen Modernisierungstendenzen begünstigte.⁹¹⁾ Zu den Deregulierungsmaßnahmen der vierziger Jahre gehörte ferner die neue preußische Judengesetzgebung von 1847, die einem wirtschaftlich immer wichtiger werdenden Teil der Gesellschaft nun in fast ganz Preußen die freie Erwerbstätigkeit gewährte.⁹²⁾

Gewiß darf nicht übersehen werden, daß auch in Preußen noch immer gravierende Defizite fortbestanden. Vor allem das rheinisch-west-

⁸⁷⁾ *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 296.

⁸⁸⁾ Zur Diskussion über diese Frage vgl. *Dieter Langewiesche*, Europa zwischen Restauration und Revolution 1815–1849, München ³1993, 124 f.; *Friedrich Lenger*, Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt 1988, 36 ff.; *Friedrich Wilhelm Henning*, Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland, in: Wilhelm Abel, Handwerksge-
schichte in neuer Sicht, Göttingen 1970, 142–172; *Karl Heinrich Kaufhold*, Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung im 19. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 118, 1982, 73–114.

⁸⁹⁾ *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 62.

⁹⁰⁾ *Christian Engeli/Wolfgang Haus* (Bearb.), Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, Stuttgart 1975, 281 ff.

⁹¹⁾ Zu diesen Tendenzen jetzt zusammenfassend *Friedrich Lenger*, Bürgertum in rheinischen Großstädten des 19. Jahrhunderts. Zu einem vernachlässigten Aspekt bürgerlicher Herrschaft, in: Lothar Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990, 97–170.

⁹²⁾ *Annegret H. Brammer*, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987.

fälische Wirtschaftsbürgertum kritisierte gerade in den vierziger Jahren, daß der preußische Staat in wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik die Deregulierung nicht genügend vorantreibe und damit die Dynamik der eingetretenen industriellen Entwicklung abbremsen. Bemängelt wurden beispielsweise das bestehende Bergrecht und die mit ihm verbundenen dirigistischen Eingriffe der staatlichen Bergbauverwaltung. Vor allem aber wurde die Geld- und Bankpolitik der preußischen Regierung angeprangert, die aus der Sicht des Wirtschaftsbürgertums noch nicht den komplizierten Verhältnissen einer kapitalistischen Marktwirtschaft entsprach.⁹³⁾ Diese zeitgenössischen Vorwürfe sind von Teilen der wirtschaftshistorischen Forschung untermauert worden. So hat Tilly darauf verwiesen, daß besonders die ablehnende Haltung, die Preußens Regierung gegenüber privat betriebenen Aktienbanken einnahm, eine großzügigere Industriefinanzierung behindert und damit Wachstumsspielräume begrenzt habe.⁹⁴⁾

Zweifellos fielen weder in Preußen noch in den anderen deutschen Staaten, wo die Deregulierung meist ohnehin noch etwas vorsichtiger betrieben wurde, schlagartig alle entwicklungshemmenden legislativen Schranken. So wurde beispielsweise im industriell schon weit fortgeschrittenen Königreich Sachsen zwar seit 1840 verstärkt über eine zeitgemäße Gewerbeordnung diskutiert, doch die Forderungen nach Einführung der Gewerbefreiheit konnten sich nicht zuletzt wegen der Widerstände aus dem krisengeschüttelten Handwerk hier ebensowenig durchsetzen wie in den süddeutschen Staaten.⁹⁵⁾ 1848/49 kam es in vielen Teilen Deutschlands unter dem Druck der Handwerkerbewegung sogar nochmals zu neuen Einschränkungen im Gewerberecht.⁹⁶⁾ Insgesamt aber begann man in den vierziger Jahren auch in jenen Staaten, die sich noch nicht zur Gewerbefreiheit durchringen konnten, doch damit,

⁹³⁾ Vgl. etwa *David Hansemanns* Denkschrift über die Lage auf dem preußischen Aktienmarkt aus dem Jahr 1846, in der Hansemann die Regierung für die eingetretenen Engpässe bei der Finanzierung des Eisenbahnbaus verantwortlich macht, in: Walter Steitz (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert bis zur Reichsgründung*, Darmstadt 1980, 214–223.

⁹⁴⁾ *Richard H. Tilly*, *Finanzielle Institutionen, Staat und Industrialisierung: Rheinland und Preußen im internationalen Vergleich*, in: ders., *Kapital* (wie Anm. 5), 15–28, 24.

⁹⁵⁾ *Kiesewetter*, *Industrialisierung* (wie Anm. 68), 174 ff.; *Lenger*, *Sozialgeschichte* (wie Anm. 88), 38.

⁹⁶⁾ Vgl. *Bergmann*, *Wirtschaftskrise* (wie Anm. 34).

durch eine großzügigere Handhabung des Konzessionssystems den Aufbau neuer industrieller Gewerbe zu erleichtern. Trotz der noch vorhandenen Defizite in der Wirtschaftsgesetzgebung, zu denen auch die fortbestehenden Reste der erst 1848/49 vollständig aufgehobenen alten Agrarverfassung gehörten⁹⁷⁾, kann in bezug auf die vierziger Jahre festgehalten werden, daß in den meisten deutschen Staaten stärker als in den Jahrzehnten zuvor über die neuen institutionellen Erfordernisse eines erfolgreichen Industrialisierungsprozesses diskutiert wurde und diese Debatten letztlich nicht folgenlos blieben.

Innerhalb der Staatsführungen gab es dabei durchaus noch große Skepsis gegenüber einer gesellschaftspolitisch unerwünschten überhasteten Industrialisierung. Aber vor allem die größeren deutschen Staaten mußten schließlich schon aus machtpolitischen Gründen daran interessiert sein, den wirtschaftlichen Fortschritten Westeuropas zu folgen.⁹⁸⁾ Die daraus folgende Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik der deutschen Staaten kam in den vierziger Jahren in der Zollvereinspolitik und beim Engagement für den Eisenbahnbau besonders stark zum Ausdruck. Im Jahre 1842 einigten sich die Zollvereinsstaaten auf gemeinsame Regelungen des Patentrechts, das zuvor schon in Preußen und Sachsen reformiert worden war.⁹⁹⁾ Vor allem aber versuchten die Vereinsstaaten weit stärker als in den ersten Jahren des Zollvereins, die industrielle Entwicklung durch entsprechende Umgestaltungen der Tarifgesetzgebung zu fördern. Die wirtschaftlichen Krisen der vierziger Jahre und die ungünstigere Handelsbilanz insbesondere gegenüber Großbritannien ließen in der öffentlichen Meinung den Ruf nach Schutzzöllen immer lauter werden.¹⁰⁰⁾ Zwar lief ein Teil dieser Schutzzollforderungen noch darauf hinaus, den traditionellen Gewerben Deutschlands durch Abschottung vor der industriellen Konkurrenz des Auslandes ihre Existenz zu sichern. Immer lauter meldeten sich aber

⁹⁷⁾ Zur Debatte über die Bedeutung der Agrarreformen für das wirtschaftliche Wachstum vgl. *Pierenkemper* (Hrsg.), *Landwirtschaft* (wie Anm. 44).

⁹⁸⁾ „Für den Staat bedeutete der britische Fortschritt eine unvermeidliche Herausforderung. Die kontinentaleuropäischen Regierungen... mußten feststellen, daß das Gleichgewicht der ökonomischen Kräfte ins Wanken geraten war. Die Industrialisierung war mithin von Anfang an ein politischer Imperativ.“ *Landex*, *Der entfesselte Prometheus* (wie Anm. 40), 137.

⁹⁹⁾ *A. Heggen*, *Erlinderschutz und Industrialisierung in Preußen 1793–1877*. Göttingen 1977, 42–49.

¹⁰⁰⁾ Hierzu ausführlich *Best*, *Interessenpolitik* (wie Anm. 25), 22 ff.

gleichzeitig jene Stimmen zu Wort, die wie Friedrich List und weite Teile des rheinischen Wirtschaftsbürgertums das tarifpolitische Instrumentarium gezielt dazu einsetzen wollten, um durch ein Schutz- und Erziehungszollsystem auch in Deutschland die „große, von Maschinenkraft verursachte Gewerbsrevolution“¹⁰¹⁾ zu forcieren und die Rückständigkeit gegenüber Großbritannien auf diese Weise schneller zu überwinden.

Die Regierungen des Zollvereins, allen voran die preußische, lehnten es in den vierziger Jahren zwar ab, sich diesen neuen Entwicklungsstrategien voll anzuschließen.¹⁰²⁾ Dies hieß aber keineswegs, daß man völlig darauf verzichten wollte, das Instrumentarium der Zolltarifgesetzgebung zur Förderung der deutschen Industrialisierung zu nutzen. Im Gegenteil, 1844 einigten sich die Zollvereinsstaaten darauf, das bis dahin frei eingeführte Roheisen mit einem Zoll in Höhe von 10 Silbergroschen pro Zentner zu belasten und zugleich die Zölle für grobes Stabeisen und Eisenbahnschienen auf 15 Silbergroschen pro Zentner heraufzusetzen.¹⁰³⁾ Und ein Jahr später wurden nach langem internen Streit auch die Einfuhrzölle für Baumwoll-, Woll- und Leinengarn erhöht, um den Aufbau der eigenen Maschinenspinnerei stärker zu fördern.¹⁰⁴⁾ Mit diesen gemäßigten Zollanhebungen steuerte die Hegemonialmacht des Zollvereins einen auch ökonomisch relativ erfolgreichen Kompromißkurs. Eine konsequente Durchsetzung des Listschen Erziehungszollsystems hätte vermutlich den deutschen Industrialisierungsprozeß eher verlangsamt als beschleunigt, weil die deutsche Wirtschaft in vielen Bereichen auf den preisgünstigen Bezug englischer und belgischer Fertig- und Halbfertigwarenprodukte angewiesen war. Dies galt besonders für die durch den sich beschleunigenden Bahnbau stark nachgefragten Eisenerzeugnisse. Die von Preußen durchgesetzten Kompromisse trugen einerseits diesen Aspekten Rechnung, sie lenkten aber andererseits durch die begrenzten Zollerhöhungen die steigende Nachfrage stärker auf die sich nun rasch entwickelnden inländischen Anbieter und förder-

¹⁰¹⁾ *Friedrich List*, Die politisch-ökonomische Nationaleinheit der Deutschen, hrsg. v. Friedrich Lenz/E. Wiskemann, (*Friedrich List*, Schriften, Reden Briefe, Bd. 7.) Berlin 1931, 378. Zu Lists Entwicklungsstrategie vgl. ferner *William O. Henderson*, Friedrich List, Düsseldorf 1984, 115 ff.

¹⁰²⁾ Zum Streit um Schutzzoll und Freihandel ausführlich *Best*, Interessenpolitik (wie Anm. 25); *William O. Henderson*, The Zollverein, London² 1968, 179 ff.

¹⁰³⁾ Ausführlich hierzu *Fremdling*, Technologischer Wandel (wie Anm. 52), 117 ff.

¹⁰⁴⁾ *Best*, Interessenpolitik (wie Anm. 25), 114.

ten in nicht unerheblichem Maße den Aufbau des schwerindustriellen Führungssektors.¹⁰⁵⁾

Wie im legislativen Bereich, so setzten die deutschen Staaten auch in ihrer Rolle als Investor und Konsument gerade in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts neue und wichtige Impulse für den Industrialisierungsprozeß. Dies galt in besonderem Maße für den Ausbau der Infrastruktur, wobei den neuen Verkehrsträgern für die künftigen Wachstumsprozesse die größte Bedeutung zufiel. Straßen- und Kanalbau waren in Deutschland seit jeher Sache des Staates gewesen, und hier hatten die deutschen Staaten schon im frühen 19. Jahrhundert wichtige Vorleistungen für die wirtschaftliche Entwicklung erbracht. Bei den Anfängen des für die Industrielle Revolution noch wichtigeren Eisenbahnbaus dominierten zwar zunächst die privaten Aktivitäten, während der Staat nicht selten eher noch hemmend wirkte. Aber schon bald spielte auch die staatliche Seite im deutschen Eisenbahnbau eine ganz entscheidende Rolle. Die Regierungen mußten sich angesichts komplizierter territorialer Verhältnisse nicht nur untereinander über die Linieneinführungen verständigen. Vor allem galt es, auch innerhalb der einzelnen Staaten die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Bau und Betrieb der Bahnen zu schaffen und den zunächst meist privaten Bahngesellschaften die Möglichkeiten zu einem schnellen Landerwerb zu geben. Preußen und Bayern erließen schon in den dreißiger Jahren entsprechende Eisenbahngesetze, die den Ausbau des neuen Verkehrssystems auf kalkulierbare Grundlagen stellten. In den vierziger Jahren folgten zahlreiche Staaten auf diesem Weg.¹⁰⁶⁾ Über die Schaffung des rechtlichen Rahmens hinaus gaben die deutschen Staaten dem Eisenbahnbau auch eine nicht zu unterschätzende finanzielle Unterstützung. Der preußische Staat konnte sich trotz entsprechender Forderungen des Wirtschaftsbürgertums bis Mitte der vierziger Jahre zwar nicht zum Bau von Staatsbahnen entscheiden und damit zu einer „aktiven Wachs-

¹⁰⁵⁾ *Fremdling*, Technologischer Wandel (wie Anm. 53), 374, der von einer überragenden Rolle der Zollpolitik spricht. Vgl. ferner *ders.*, Britische Exporte und die Modernisierung der deutschen Eisenindustrie während der Frühindustrialisierung, in: VSWG 68, 1981, 305–324.

¹⁰⁶⁾ Überblick bei *Hubert Kiesewetter*, Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914, Frankfurt a.M. 1989, 252 ff.; ausführlich *Fremdling*, Eisenbahnen (wie Anm. 50). Zur preußischen Eisenbahnpolitik vgl. ferner *Walter Steitz*, Die Entstehung der Köln-Mindener Eisenbahn Gesellschaft. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der deutschen Eisenbahnen und des preußischen Aktienwesens, Köln 1974.

tumspolitik mit Hilfe defizitärer Budgets“ entschließen¹⁰⁷⁾, weil dies ohne die Einlösung des Verfassungsversprechens nicht möglich war.¹⁰⁸⁾ Seit 1842 fand sich der preußische Staat aber immerhin bereit, den Bahnbau durch Zinsgarantien und Steuerbefreiungen zu unterstützen. Der materielle Wert dieses Engagements blieb bescheiden, und die 1844 erlassenen Maßnahmen gegen die Spekulation mit Eisenbahnpapieren wirkten sogar entwicklungshemmend.¹⁰⁹⁾ Dennoch bleibt festzuhalten, daß das staatliche Engagement zugunsten des Bahnbaus in den vierziger Jahren deutlich verstärkt wurde. Außerhalb Preußens spielte die Staatsbeteiligung am Bahnbau von Anfang an eine viel größere Rolle. Hier wurden bis 1850 fast drei Viertel des auf 187 Millionen Taler geschätzten Baukapitals durch öffentliche Anleihen aufgebracht. Selbst Staaten wie das Kurfürstentum Hessen, dessen Regierungskurs in vielen anderen Bereichen eher industrialisierungsfeindlich war, entwickelten sich in den vierziger Jahren zu einer treibenden Kraft des Bahnbaus.¹¹⁰⁾ Die staatlichen Aktivitäten im Eisenbahnbereich, deren Bedeutung seit 1840 sprunghaft wuchs, waren letztlich ein ebenso wichtiger Beitrag zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums wie die zahlreichen anderen, im Laufe des 19. Jahrhunderts immer mehr ansteigenden Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur.¹¹¹⁾

Neue wirtschaftspolitische Ansätze gab es schließlich auch im letzten hier zu behandelnden Bereich der staatlichen Wirtschaftspolitik: der Wirtschaftsverwaltung.¹¹²⁾ Zunächst einmal erfuhr sie in vielen Staaten in den vierziger Jahren einen beträchtlichen Ausbau, der eng mit neuen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zusammenhing. In Preußen wurde zum 1. September 1844 ein Handelsamt eingerichtet, das mit neuen Mitteln versuchen sollte, den Interessen von Handel und Indu-

¹⁰⁷⁾ *Wolfram Fischer*, Industrialisierung und soziale Frage in Preußen, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte. Stuttgart 1985, 243.

¹⁰⁸⁾ Zu diesen Zusammenhängen *Herbert Obenaus*, Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848. Düsseldorf 1984, 521 ff.

¹⁰⁹⁾ *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14.), 614 ff.

¹¹⁰⁾ Vgl. *Ludwig Brake*, Die ersten Eisenbahnen in Hessen. Eisenbahnpolitik und Eisenbahnbau in Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau bis 1866. Wiesbaden 1991.

¹¹¹⁾ Vgl. *Karl Borchard*, Staatsverbrauch und öffentliche Investitionen in Deutschland 1780–1851. Diss. Göttingen 1968, 279–301.

¹¹²⁾ Allgemein hierzu *Friedrich Facius*, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945. Boppard 1959.

strie besser gerecht zu werden, und mit dem das Gewicht der auf eine schnellere Industrialisierung setzenden Kräfte innerhalb der preußischen Bürokratie gestärkt wurde.¹¹³⁾ Die preußische Administration, die sich – so 1845 ein hessischer Abgeordneter – „an die Spitze der kommerziellen und industriellen Bewegung in Deutschland“ gesetzt habe¹¹⁴⁾, wurde von anderen Zollvereinsstaaten vielfach als nachahmenswertes Vorbild angesehen. Aber auch in anderen deutschen Staaten brachten die vierziger Jahre und in besonderem Maße die Revolution von 1848/49 einen Modernisierungsschub der staatlichen Wirtschaftsverwaltung. Zu den wichtigen Neuerungen gehörte etwa die 1848 ins Leben gerufene „württembergische Centralstelle für Gewerbe und Handel“, die als „berathende Mittlerstelle“ zwischen Staat und Wirtschaft die Aufgabe erhielt, sich mit neuen Entwicklungen und technischen Fortschritten vertraut zu machen. Informationen über „Gebrechen, Hindernisse und Störungen“ von Industrie und Handel zu sammeln, die Ministerien durch Gutachten zu beraten und den „Gewerbe- und Handelsstand mit ihrem Rathe zu unterstützen“.¹¹⁵⁾ Unter ihrem ersten Leiter Steinbeis konnte die Centralstelle dann in der Tat eine bemerkenswerte und vielseitige Tätigkeit entfalten.¹¹⁶⁾

Zu den Hauptaufgaben der Wirtschaftsverwaltung gehörte im übrigen die Förderung der Gewerbevereine¹¹⁷⁾, die vielfach gerade in den krisengeschüttelten vierziger Jahren intensiviert wurde. Letzteres gilt auch für das staatlich geförderte Ausstellungswesen, das zunächst auf einzelstaatlicher Ebene organisiert wurde. 1844 fand dann mit der „Allgemeinen Ausstellung deutscher Gewerbeerzeugnisse“ in Berlin die erste große nationale Gesamtschau der Zollvereinsindustrie statt.¹¹⁸⁾ Die Berliner Ausstellung unterstrich im übrigen noch einmal die lange, mit

¹¹³⁾ Vgl. *Best*, Interessenpolitik (wie Anm. 25), 112 ff.

¹¹⁴⁾ Verhandlungen in der Zweiten Kammer der Landstände des Großherzogthums Hessen, 10. Landtag, Protokolle-Bd. 1, Prot. 30 vom 15. März 1845, 51.

¹¹⁵⁾ *Steitz*, Quellen (wie Anm. 93), 244.

¹¹⁶⁾ Zu der, in ihren Wirkungen teilweise auch überschätzten Arbeit der Centralstelle vgl. *Wolfram Fischer*, Staat und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, in: Otto Borst (Hrsg.), Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts. Stuttgart 1989, 89–106.

¹¹⁷⁾ Zu Bayern vgl. *Stefan Fisch*, Polytechnische Vereine im „Agriculatorstaat“ Bayern bis 1850, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 49, 1986, 539–577.

¹¹⁸⁾ Zum Ausstellungswesen vor 1850 vgl. *Kiesewetter*, Industrialisierung (wie Anm. 68), 666.

Namen wie Beuth und Rother verbundene Tradition preußischer Gewerbeförderung, die mit dem von Beuth geleiteten Berliner Gewerbeinstitut seit 1821 eine wichtige technische Beratungs- und Ausbildungsstätte bereitstellte.¹¹⁹⁾ Gerade in den vierziger Jahren zeigte sich besonders am Beispiel von Eisenbahnpionieren wie Keßler und Borsig, welch wichtige Anstöße die zuvor ins Leben gerufenen polytechnischen Schulen bereits vermittelt hatten.¹²⁰⁾ Auch das gewerbliche Schulwesen erfuhr, zumindest in wichtigen deutschen Staaten, im Verlaufe der vierziger Jahre eine beachtliche Ausweitung.¹²¹⁾

Das gleiche galt für die direkte Förderung, die die deutschen Regierungen einzelnen Gewerbebetrieben zukommen ließen. Auf diesem Sektor ist in den vierziger Jahren nicht nur eine Intensivierung staatlicher Aktivitäten zu beobachten, sondern auch eine stärkere Orientierung der Fördermaßnahmen auf zukunftssträchtige Zweige des industriellen Führungssektors. Im Königreich Sachsen gewährten Regierung und Kammern größeren aufstrebenden Industriebetrieben mehrfach umfangreiche Kredithilfen, die besonders dem Maschinenbau zugute kamen.¹²²⁾ Im Königreich Württemberg wurde die wichtige Eßlinger Maschinenfabrik 1845 mit staatlicher Hilfe gegründet und in den folgenden Jahren durch Staatsaufträge maßgeblich gefördert.¹²³⁾ Im Großherzogtum Baden entschlossen sich Regierung und Landtag Anfang 1848, die drei von Konkurs bedrohten größten Fabriken des Landes durch staatliche Zinsgarantien zu stützen. Man begründete diese Entscheidung dabei ausdrücklich mit der zukunftsweisenden Bedeutung

¹¹⁹⁾ Vgl. *Wilhelm Treue*, Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin 1984, 323 f.; *Peter Lundgreen*, Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung, Berlin 1975, 54 ff.

¹²⁰⁾ Vgl. *Wilhelm Treue*, Zur Frühgeschichte der technischen Lehr- und Forschungsanstalten bis zu ihrer Beteiligung an der Revolution von 1848/49, in: ders. (Hrsg.), *Geschichte als Aufgabe*, Festschrift für Otto Büsch zum 60. Geburtstag, Berlin 1988, 267 ff.; zu Bayern *Stefan Fisch*, „Polytechnische Schulen“ im 19. Jahrhundert. Der bayerische Weg von praxisorientierter Handwerksförderung zu wissenschaftlicher Hochschulbildung, in: Ulrich Wengenroth (Hrsg.), *Die Technische Universität München. Annäherungen an ihre Geschichte*, München 1993, 1-38.

¹²¹⁾ Vgl. am Beispiel Sachsens *Kiesewetter*, *Industrialisierung* (wie Anm. 68), 662 ff.

¹²²⁾ Ebd. 682 ff.

¹²³⁾ Vgl. *Volker Hentschel*, *Wirtschaftsgeschichte der Maschinenfabrik Esslingen AG 1846-1918. Eine historisch-betriebswirtschaftliche Analyse*, Stuttgart 1977.

der Fabrikindustrie.¹²⁴⁾ Auch für Bayern ist festgestellt worden, daß am Ende der vierziger Jahre bei der staatlichen Industrieförderung ein „völlig neuer Stil“ eingekehrt sei.¹²⁵⁾

Trotz solcher Förder- und Hilfsmaßnahmen zugunsten der neuen Großgewerbe darf die direkte staatliche Gewerbeförderung jedoch auch für die vierziger Jahre weder in ihrem Ausmaß noch in ihrer Wirkung überschätzt werden. Zum ersten hat es nirgendwo eine langfristige Konzeption zum Aufbau industrieller Unternehmen gegeben. Zum zweiten blieb der finanzielle Rahmen im Vergleich zu anderen Staatsausgaben wie im Vergleich zu den privaten Investitionen außerordentlich bescheiden.¹²⁶⁾ Und zum dritten waren die direkten staatlichen Hilfen nicht immer sehr erfolgreich. Man hat etwa darauf verwiesen, daß solche Regionen, die wie das krisengeplagte Schlesien vom Staat vergleichsweise großzügig gefördert wurden, letztlich eine geringere industrielle Dynamik verzeichneten als Regionen, in denen wie im bergischen Land oder am Niederrhein die Staatsintervention schwach blieb.¹²⁷⁾ Der Staat konnte zwar, wie etwa das Beispiel der preußischen Saarregion und die dort wirkende Bergbauverwaltung zeigten, auch in seiner Unternehmerfunktion durchaus erfolgreich sein.¹²⁸⁾ Der wirtschaftliche Erfolg einer Region hing aber vor allem von der guten Faktorausstattung und von den privaten Unternehmerinitiativen ab. Auch in den vierziger Jahren haben die deutschen Staaten die Industrialisierung nicht initiiert oder planmäßig vorangetrieben. Insofern sind War-

¹²⁴⁾ *Wolfram Fischer*, *Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850*, Bd. 1: Die staatliche Gewerbepolitik. Berlin 1962, 380 ff.

¹²⁵⁾ *Hans Mauersberg*, *Bayerische Entwicklungspolitik 1818–1923*. Die etatmäßigen bayerischen Industrie- und Kulturfonds. München 1987, 52.

¹²⁶⁾ Vgl. *Kiesewetter*, *Industrialisierung* (wie Anm. 68), 682 ff.; *Fischer*, *Staat und Wirtschaft* (wie Anm. 116), 100; *Mauersberg*, *Bayerische Entwicklungspolitik* (wie Anm. 125).

¹²⁷⁾ Vgl. *Joachim Radkau*, *Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main 1989, 99 ff.; *Toni Pierenkemper*, *Das Wachstum der ober-schlesischen Eisenindustrie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts – Entwicklungsmodell oder Spielwiese der Staatsbürokratie?*, in: ders. (Hrsg.), *Industriegeschichte Oberschlesiens im 19. Jahrhundert. Rahmenbedingungen – Gestaltende Kräfte – Infrastrukturelle Voraussetzungen*. Regionale Diffusion. Wiesbaden 1992, 78–106.

¹²⁸⁾ *Richard van Dülmen* (Hrsg.), *Industriekultur an der Saar. Leben und Arbeit in einer Industrieregion 1840–1914*. München 1989; *Gert Fischer*, *Wirtschaftliche Strukturen am Vorabend der Industrialisierung. Der Regierungsbezirk Trier 1820–1850*. Köln/Wien 1990, 20 ff.

nungen gerechtfertigt, die Rolle des Staates im deutschen Industrialisierungsprozeß zu überschätzen.¹²⁹⁾ Aber die einzelnen Staaten haben, wie die neuere Forschung gezeigt hat, sowohl auf dem legislativen Sektor als auch durch indirekte sowie in begrenztem Maße direkte Hilfen Beiträge zur Durchsetzung der neuen Wirtschaftsformen geleistet¹³⁰⁾, die ab Mitte der vierziger Jahre durchaus eine neue Qualität aufwiesen. Letzteres hing freilich nicht zuletzt damit zusammen, daß die Regierungen in diesem Jahrzehnt zugleich einem immer stärkeren Druck gesellschaftlicher Kräfte gegenüberstanden.

III. Gesellschaft und Industrielle Revolution

Zu den unabdingbaren Faktoren, die zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums beitrugen, gehörten nicht allein technische Erfindungen, die Herausbildung industrieller Führungssektoren oder die vom Staat zu schaffenden institutionellen Rahmenbedingungen. Erfolgreiche Industrialisierungsprozesse sind vor allem auch entscheidend abhängig vom Vorhandensein spezifischer soziokultureller Faktoren. „Ein Blick in die europäische Geschichte lehrt, daß schnelles wirtschaftliches Wachstum zunächst gesellschaftlichen Wandel voraussetzt.“¹³¹⁾ Soziale Wertordnungen, Verhaltensformen und Kulturtraditionen mußten an die Erfordernisse der industriellen Gesellschaft angepaßt werden. Die neuen Wirtschaftsformen mußten eine ausreichende gesellschaftliche Akzeptanz finden, und zu ihrer Durchsetzung bedurfte es vor allem auch entsprechender gesellschaftlicher Trägerschichten: eines ausreichenden Angebots an Unternehmertalenten und qualifizierter Arbeitskräfte. All diese Voraussetzungen wurden in Eu-

¹²⁹⁾ Vgl. *Frank B. Tipton*, *Government Policy and Economic Development in Germany and Japan: A Skeptical Reevaluation*, in: *Journal of Economic History* 41, 1981, 139–165.

¹³⁰⁾ „Die Industrialisierung konnte nicht vom Staat geschaffen werden, das hätte völlig dem liberalkapitalistischen System und Zeitgeist widersprochen, aber die einzelnen Staaten haben tief in diesen Prozeß eingegriffen.“ *Kiesewetter*, *Industrielle Revolution* (wie Anm. 106), 19. Vgl. auch am Beispiel Sachsens *Kiesewetter*, *Industrialisierung* (wie Anm. 68), 740.

¹³¹⁾ *Knut Borchardt*, *Europas Wirtschaftsgeschichte – ein Modell für Entwicklungsländer?*, in: *Rudolf Braun/Wolfram Fischer/Helmut Großkreutz/Hans Volkmann* (Hrsg.), *Gesellschaft in der Industriellen Revolution*. Köln 1973, 343–366, hier 353.

ropa erst in einem langen, im Grunde über mehrere Jahrhunderte dauernden Prozeß geschaffen.¹³²⁾ Zweifellos gab es aber Phasen eines beschleunigten Wandels der soziokulturellen Rahmenbedingungen, und auch in diesem Zusammenhang kann man die vierziger Jahre in mehrfacher Hinsicht als eine Zäsur ansehen.

Zunächst einmal spricht es für eine veränderte Wahrnehmung der nun rascher verlaufenden wirtschaftlichen Wandlungsprozesse, daß der Begriff Industrie in Deutschland erst jetzt seine moderne, bis heute vorherrschende Bedeutung angenommen hat. Er verlor die alte qualifizierende allgemeine Bedeutung „Fleiß“ und stand fortan in erster Linie für eine Produktionsform, „nämlich die unter Einsatz von Maschinen arbeitende Fabrikation von Gütern“.¹³³⁾ Zugleich fand nicht nur der zuvor schon in Frankreich verwendete Begriff „Industrielle Revolution“ ebenfalls in den vierziger Jahren Eingang in den deutschen Sprachbereich.¹³⁴⁾ Vielmehr wurde auch die epochale Zäsur der mit dieser Revolution verbundenen Veränderungen in den Debatten der vierziger Jahre immer deutlicher ausgesprochen. Friedrich Engels schrieb 1845 zu den Folgen der Ende des 18. Jahrhunderts in England entwickelten neuen Produktionstechniken: „Diese Erfindungen gaben bekanntlich den Anstoß zu einer industriellen Revolution, einer Revolution, die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft umwandelte und deren weltgeschichtliche Bedeutung erst jetzt anfängt bekannt zu werden.“¹³⁵⁾ Und der Nationalökonom Bruno Hildebrand, der Engels pessimistische Sicht der sozialen Folgen dieses Wandels heftig kritisierte, schloß sich wenig später dieser Einschätzung von der „weltgeschichtlichen Bedeutung der Maschinen“ an. Hildebrand lehnte eine „Vergötterung des heutigen Fabriksystems“ ab und wollte die negativen sozialen Folgen des

¹³²⁾ Zusammenfassend zu diesem Komplex *Leonhard Bauer/Herbert Matis*, Geburt der Neuzeit. Vom Feudalsystem zur Marktgesellschaft. München ²1989, 87 ff.; Vgl ferner mit weiterführenden und anregenden Hinweisen *Hubert Kiesewetter*, Europas Industrialisierung – Zufall oder Notwendigkeit?, in: VSWG 80, 1993, 30–36.

¹³³⁾ *Dietrich Hilger/Lucian Hölscher*, Industrie, Gewerbe, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 3. Stuttgart 1982, 237–304, hier 286.

¹³⁴⁾ *Wilhelm Schulz*, Die Bewegung der Production. Eine geschichtlich-statistische Abhandlung zur Grundlegung einer neuen Wissenschaft des Staates und der Gesellschaft. Zürich/Winterthur 1843, 30.

¹³⁵⁾ *Friedrich Engels*, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 2, Berlin 1957, 237.

Umbruchsprozesses nicht leugnen, aber er verwies darauf, daß durch die „Arbeitsteilung, die Maschinen und all jene großen mechanischen Erfindungen und Fortschritte der Industrie“ eine der großen Zäsuren „in der Kulturentwicklung der Menschheit“ eingetreten sei.¹³⁶⁾

Gewiß sind in der nun viel intensiver geführten wirtschaftspolitischen Grundsatzdebatte der vierziger Jahre vielerorts noch ausgesprochen industrialisierungsskeptische, ja feindliche Äußerungen festzustellen. Gerade das wichtigste Fortschrittssymbol, der Eisenbahnbau, stieß noch auf sozial, moralisch und teilweise auch ökologisch motivierten Widerstand.¹³⁷⁾ Sozialkonservative Publizisten führten die Ursachen des Pauperismus vor allem auf das Voranschreiten des Fabriksystems zurück und plädierten dafür, die Krise durch die Neubefestigung vorindustriell-ständischer Strukturen zu lösen. Selbst fortschrittlichere Autoren der Pauperismusdebatte vertraten die These, daß nur die Auswanderung im großen Stil das entstandene Mißverhältnis zwischen Arbeitskräftepotential und Arbeitsplatzangebot ausgleichen könne.¹³⁸⁾ Die Skepsis gegenüber den neuen Entwicklungen kam ferner im intensiven und teilweise erfolgreichen Kampf der Handwerkerbewegung gegen die Gewerbefreiheit zum Ausdruck.¹³⁹⁾ Man muß daher einräumen, daß Zukunftsoptimismus und Fortschrittsglaube, wie sie sich dann mit dem Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahren überall Bahn brachen, im krisengeschüttelten Revolutionsjahrzehnt noch nicht das Feld beherrschten. Trotzdem wurde immer mehr Zeitgenossen bewußt, daß man eine Epochenschwelle zu überschreiten begann und auf eine ganz neue Form der Warenproduktion und der sozialen Verhältnisse zusteuerte. In der nun so stark an Bedeutung gewinnenden öffent-

¹³⁶⁾ *Bruno Hildebrand*, Die weltgeschichtliche Bedeutung der modernen Industrie, in: ders., Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, 1848. Neu hrsg. von Hans Gehrig, Jena 1922, 184.

¹³⁷⁾ Vgl. *Rolf Peter Sieferle*, Fortschrittsfeinde, Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984, 87 ff.; *Wolfgang Hädecke*, Poeten und Maschinen, Deutsche Dichter als Zeugen der Industrialisierung, Wien 1993, 183 ff.

¹³⁸⁾ Zur Pauperismusklausur vgl. *Carl Jantke/Dietrich Hilger* (Hrsg.), Die Eigentumslosen, Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg/München 1965. Zur Einordnung der Debatte *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 281 ff.

¹³⁹⁾ *Bergmann*, Wirtschaftskrise (wie Anm. 34).

lichen Meinung machten sich die Befürworter der Industrialisierung jedenfalls stärker bemerkbar als je zuvor.

Besonders deutlich wurde dies etwa in der öffentlichen Resonanz, die Friedrich List als Propagandist des heraufziehenden Industriezeitalters fand. In seinem 1841 erschienenen Werk „Das nationale System der politischen Ökonomie“ verfolgte er zwar das Ziel eines „Manufaktur-Agrikultur-Handelsstaates“, in dem die jeweiligen Sektoren in einem harmonischen Verhältnis zueinander stehen sollten. Die „Fabriken und Manufakturen“ sollten jedoch die „Basis des inneren und äußeren Handels, der Schiffahrt und der Transportverbesserungen“ und damit „der Zivilisation und der politischen Macht“ sein.¹⁴⁰⁾ Damit wurde List zugleich zu einem der großen Fürsprecher des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums.

Wie weit der Neuorientierungsprozeß in diesem, den industriellen Fortschritt tragenden Teil der Gesellschaft schon vor 1850 vorangekommen war, hat jüngst Rudolf Boch eindrucksvoll herausgearbeitet. Die von ihm rekonstruierte und analysierte Industrialisierungsdebatte des rheinischen Wirtschaftsbürgertums zeigt, wie frühzeitig diese neue gesellschaftliche Elite traditionelle ökonomische Denkmuster hinter sich ließ und den Industrialisierungsprozeß bewußt voranzutreiben suchte. Schon in den dreißiger Jahren setzte sich, begünstigt durch den beginnenden Eisenbahnbau in wichtigen Teilen des rheinischen Wirtschaftsbürgertums ein neues Industrialisierungsparadigma durch: „An die Stelle der Erfahrungen der vergangenen drei Jahrhunderte, daß ‚Handelsindustrien‘ instabil waren und gewerbliche Expansionsphasen bald in Stagnation oder Deindustrialisierung enden konnten, daß schließlich die Knappheit der Ressourcen die Grenzen der Expansion vorgab, trat die Erwartung eines anhaltenden Wachstums und einer ‚Emanzipation‘ der Produktion aus den Zwängen der Natur.“¹⁴¹⁾ Der Kölner Kaufmann Ludolf Camphausen schrieb bereits 1835: „Wo die Grenze der fortschreitenden Bewegung liege, kann nur die Zukunft enthüllen, allein wir sind berechtigt, den Stillstand in großer Ferne zu suchen.“¹⁴²⁾

Dieses Industrialisierungsparadigma kam in den vierziger Jahren in-

¹⁴⁰⁾ Friedrich List, Das Nationale System der politischen Ökonomie, hrsg. v. Artur Sommer. (Friedrich List, Schriften, Reden, Briefe, Bd. 6.) Berlin 1930, 180 ff.

¹⁴¹⁾ Boch, Grenzenloses Wachstum (wie Anm. 25), 286.

¹⁴²⁾ Zitiert nach ebd. 140.

nerhalb des rheinischen Wirtschaftsbürgertums auf breiter Front zum Durchbruch, wobei vor allem der Provinziallandtag von 1843 eine wichtige Rolle spielte. Man entwickelte nun über die regionalen Interessen hinaus die Zielvision einer „nationalen Gesamtindustrie“, die Deutschland nach außen konkurrenzfähig machen und zugleich nach innen das Mittel zur Eindämmung der Massenarmut bereitstellen sollte. Dabei fiel der zielstrebigem Förderung dieses Anliegens durch einen vom Bürgertum mitbestimmten Staat eine wichtige Rolle zu. Deutlicher als jemals zuvor wurde hier der Zusammenhang zwischen Industrialisierungs-, Verfassungs- und nationaler Einigungspolitik sichtbar, der sich besonders in den Ausbauplänen des Deutschen Zollvereins niederschlug, wie sie vor allem David Hansemann 1847 vertrat.¹⁴³⁾ Obwohl maßgebliche Vertreter des rheinischen Wirtschaftsbürgertums, allen voran Gustav Mevissen, zumindest Anfang der vierziger Jahre noch durch die „Dezentralisation der Industrie“ Fehler der englischen Entwicklung vermeiden wollten und obwohl England als der große Konkurrent erschien, war die Vorbildwirkung der fortgeschrittenen englischen Industrieproduktion in der rheinischen Industrialisierungsdebatte unverkennbar.¹⁴⁴⁾

Dieses spezifisch großindustrielle Wirtschaftskonzept war in vielfacher Hinsicht noch Ausdruck der besonderen regionalen Entwicklung. Das galt nicht zuletzt für das elitäre Selbstverständnis und die scharfe Distanz zur Arbeiterschaft. Die im Rheinland entwickelte Zielvision einer eigenständigen nationalen Industrie unter Führung des montanindustriellen Komplexes und der mechanischen Spinnerei wurde seit den vierziger Jahren in wachsendem Maße auch vom Wirtschaftsbürgertum anderer fortgeschritteneren Regionen übernommen. Selbst in zunächst wirtschaftlich zurückbleibenden Regionen entfalteten die wirtschaftsbürgerlichen Kräfte eine beachtliche Aktivität zur Unterstützung dieser Zielvorstellungen. So forderte der Eisenindustrielle Lossen 1845 in der nassauischen Landesdeputiertenversammlung ganz im Sinne Friedrich Lists eine grundlegende Erneuerung der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik, um die deutsche Industrialisierung als

¹⁴³⁾ Vgl. Kurt Düwell, David Hansemann als rheinpreußischer Liberaler in Heppenheim 1847, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.) *Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz*. (GG Sonderheft 9.) Göttingen 1983, 295–311.

¹⁴⁴⁾ *Boch*, Grenzenloses Wachstum (wie Anm. 25), 287.

einzigem Ausweg aus der Pauperismuskrisis zu beschleunigen.¹⁴⁵⁾ Überhaupt fanden Fragen von Handel und Industrie in den Debatten der deutschen Parlamente seit Mitte der vierziger Jahre und besonders während der Revolution von 1848/49 eine weit größere Aufmerksamkeit als jemals zuvor.¹⁴⁶⁾

Darüber hinaus stellte dieses Jahrzehnt auch im Bereich der wirtschaftlichen Interessenvertretungen eine wichtige Formierungsphase dar. Die Zahl lokaler Vertretungen nahm weiter zu. Daneben formierten sich regionale Fabrikantenvereine und erste zollvereinsweite Branchenverbände wie die der Rübenzucker- und Baumwollfabrikanten. 1848/49 kulminierten diese Entwicklungen in der Gründung nationaler Verbände, unter denen der „Allgemeine deutsche Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ den größten Zulauf erhielt.¹⁴⁷⁾ Der Massenerfolg des letztgenannten Verbandes und die wachsenden Mitgliederzahlen in lokalen Gewerbevereinen¹⁴⁸⁾ zeigen, daß man bei der Frage nach den gesellschaftlichen Trägern der neuen wirtschaftlichen Prozesse nicht bei der wirtschaftsbürgerlichen Elite stehen bleiben kann. Gewiß war ein Großteil des mittleren und kleinen Bürgertums von den industriellen Zielvorstellungen der rheinischen Wirtschaftsbürger noch weit entfernt. Das dominierende gesellschaftliche Leitbild im deutschen Bürgertum lief noch auf eine Bürgergesellschaft mittlerer Existenzen hinaus, also einen dritten Weg zwischen der vorindustriell-ständischen und der Industriegesellschaft englischen Zuschnitts.¹⁴⁹⁾

¹⁴⁵⁾ Volker Eichler (Bearb.), Nassauische Parlamentsdebatten, Bd. 1: Restauration und Vormärz 1818–1847. Wiesbaden 1985, 290 ff.

¹⁴⁶⁾ Ausführlich hierzu Best, Interessenpolitik (wie Anm. 25);

Rüdiger Moldenhauer (Bearb.), Die Protokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49. Mit ausgewählten Petitionen, hrsg. von Werner Conze/Wolfgang Zorn. Boppard 1992, 51 ff.

¹⁴⁷⁾ Vgl. Hans-Peter Ullmann, Interessenverbände in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, 22 ff.; Best, Interessenpolitik (wie Anm. 25).

¹⁴⁸⁾ Zum Mitgliederzustrom in den vierziger Jahren am Beispiel der bayerischen Gewerbevereine vgl. Stefan Fisch, „Lichtpunkt in unserer industriellen Dämmerung“ – Entstehung und Bedeutung des (poly)technischen Vereinswesens in Bayern bis 1850, in: Aufbruch ins Industriezeitalter. Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1750–1850, hrsg. von Rainer A. Müller/Michael Henker, Bd. 2. München 1985, 492–498.

¹⁴⁹⁾ Vgl. hierzu Lothar Gall, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Liberalismus. Köln 1976, 162–186; ders., Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. München 1993, 23 ff.

Aber dies schloß eigene Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung ja keineswegs aus. Im Gegenteil, wirtschaftlicher Fortschritt war die entscheidende Voraussetzung für die gewünschte Verbreitung materieller und damit geistiger Selbständigkeit des Bürgers. In vielen Orten verstärkte daher das städtische Bürgertum, das gerade in wirtschaftspolitischer Hinsicht oft als rückwärtsgewandt eingestuft worden ist¹⁵⁰), in den vierziger Jahren sein Engagement in Wirtschaftsfragen. Auch das mittelständische Bürgertum nahm an den Eisenbahnplanungen regen Anteil und zeichnete Bahnanleihen. Es entwickelte gerade in den vierziger Jahren starke Aktivitäten im Bereich des wirtschaftlichen Vereinswesens. Und es trug durch bildungspolitische Verbesserungen vielfach dazu bei, die lokalen Voraussetzungen künftiger Wachstumsprozesse zu verbessern.¹⁵¹) Dieser stadtbürgerliche Eigenbeitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt ist im Vergleich zur Staatstätigkeit in der Forschung lange Zeit unterschätzt worden.¹⁵²)

Aus dem städtischen Handwerk kamen trotz der Strukturkrise und der mit ihr verbundenen starken sozialrestaurativen Tendenzen in den vierziger Jahren wichtige eigene Anstöße zur wirtschaftlichen Entwicklung. Handwerker stellten im 19. Jahrhundert einen nicht zu unterschätzenden Anteil am deutschen Unternehmerpotential.¹⁵³) Der industrielle Fortschritt wurde nicht allein von den großen, aus traditionsreichen Unternehmerfamilien stammenden Industriepionieren getragen, auch das Heer der meist aus dem Handwerkermilieu kommenden mittleren und kleinen Unternehmer hat einen keineswegs geringen Beitrag geleistet.¹⁵⁴) Dies ist jüngst am Beispiel des zunächst noch stark kleingewerblich geprägten Rhein-Main-Raumes anschaulich gezeigt wor-

¹⁵⁰) Vgl. *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (wie Anm. 14), 175 ff.

¹⁵¹) Als Beispiel sei hier auf die preußische Kreisstadt Wetzlar verwiesen: *Hans-Werner Hahn*, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689–1870. München 1991, 399 ff.

¹⁵²) Vgl. *Dieter Langewiesche*, „Staat“ und „Kommune“: Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: HZ 248, 1989, 621–635; zur neueren Forschung vgl. *Lothar Gall* (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert. München 1990, 1–19.

¹⁵³) Vgl. *Jürgen Kocka*, Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen 1975, 47 ff.; *Dirk Schumann*, Bayerns Unternehmer in Gesellschaft und Staat 1834–1914. Göttingen 1992, 66 ff.; *Hartmut Kaelble*, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung. Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluß. Berlin 1972.

¹⁵⁴) *Kiesewetter*, Europas Industrialisierung (wie Anm. 132), 56.

den. In dieser Nachzüglerregion lassen sich in den vierziger Jahren zwar noch keine spektakulären Beschleunigungsprozesse der Industrialisierung feststellen, wohl aber eine starke Verbreiterung der gewerblichen Basis. Diese wurde von aufstrebenden Teilen des Handwerks getragen, die sich durch Anpassung an modernere Produktionsformen, marktgerechte Spezialisierung und kaufmännisches Geschick nicht nur im neuen Wirtschaftssystem behaupten konnten, sondern vielfach selbst allmählich zur fabrikmäßigen Produktion übergingen. Hinzu kam, daß die Nachfrage dieses industrialisierten Handwerks im Rhein-Main-Gebiet schon vor der Jahrhundertmitte den Wachstumsprozeß der regionalen Maschinen- und Metallbauindustrie begünstigte.¹⁵⁵⁾ Insgesamt läßt sich daher feststellen, daß sich auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der deutschen Industrialisierung gerade in den vierziger Jahren entscheidend verbesserten. Inwieweit auch bei der Rekrutierung, Qualifizierung und effizienteren Nutzung der Arbeiter¹⁵⁶⁾ das Jahrzehnt vor der Revolution eine Zäsur darstellte, bedürfte einer eingehenderen Abhandlung, die im Rahmen dieses Beitrages nicht geleistet werden kann. Sozial- und organisationsgeschichtliche Analysen sprechen aber ebenso wie die begriffsgeschichtlichen Untersuchungen dafür, daß sich auch in diesem Bereich der Beginn eines neuen Entwicklungsabschnitts ankündigte.¹⁵⁷⁾

Schluß

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß sich in allen drei behandelten Untersuchungsfeldern in den vierziger Jahren wichtige Veränderungen vollzogen. Gewiß, nichts brach schlagartig herein. In allen Be-

¹⁵⁵⁾ Vgl. *Dieter Gessner*, „Industrialisiertes Handwerk“ in der Frühindustrialisierung. Ein Beitrag zu den Anfängen der Industrie am Mittelrhein und Untermain, 1790–1865, in: *Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde Neue Folge* 40, 1982, 251–301; *Anne J. MacLachlan*, Der Übergang vom Handwerker zum Unternehmer in Mainz 1830–1860, in: *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), *Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur, Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1984, 146–164.

¹⁵⁶⁾ Vgl. hierzu die Beiträge in: *Braun* u. a. (Hrsg.), *Gesellschaft* (wie Anm. 131), 79 ff.

¹⁵⁷⁾ Ausführlich hierzu *Jürgen Kocka*, *Arbeitsverhältnisse* (wie Anm. 73); *ders.*, *Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875*, Bonn 1983.

reichen handelte es sich nur um eine raschere Fortsetzung bereits eingetretener Wandlungsvorgänge, und es dauerte noch einige Zeit, ehe die volle Wirkungskraft dieser Prozesse zu spüren war. Die Kriterien eines Take Off, der in Rostows Stadienmodell wirtschaftlichen Wachstums den Beginn eines sich selbst tragenden Wirtschaftswachstums bezeichnet¹⁵⁸), waren in den vierziger Jahren noch nicht voll erfüllt. Der Anstieg der produktiven Investitionen dürfte noch nicht die Marke von 10 % des Nettosozialprodukts erreicht haben.¹⁵⁹) Die Formierung des Führungssektors der deutschen Industrialisierung machte zwar große Fortschritte. Diese führten aber noch nicht zu überdurchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten, weil das Gewicht der von schweren Struktur- und Konjunkturkrisen betroffenen vorindustriellen Wirtschaftszweige noch zu groß war und das Tempo des industriellen Fortschritts verlangsamt wurde. Schließlich wurden im politischen und gesellschaftlichen Bereich die Rahmenbedingungen zwar zügiger als vorher den neuen Erfordernissen angepaßt, aber auch in Staat und Gesellschaft standen den vorwärtsdrängenden Kräften Ende der vierziger Jahre noch immer zahlreiche wachstumshemmende Faktoren entgegen.

Das Bild vom „wichtigen Auftakt“ der deutschen Industriellen Revolution mag aus diesen Gründen wie auch angesichts der grundsätzlichen Kritik am „Mythos der Industriellen Revolution“ im Sinne eines komprimierten Beschleunigungsprozesses¹⁶⁰) etwas überzogen sein. Gleichwohl dürfte nicht zu bestreiten sein, daß die vierziger Jahre mit dem ersten industriell getragenen Wachstumszyklus, der Formierung des schwerindustriellen Führungssektors, der Dynamik der Führungs-

¹⁵⁸) Rostow: Stadien (wie Anm. 8). Rostow definiert den Take-Off als „industrielle Revolution, die mit radikalen Veränderungen in den Produktionsmethoden und ihren entscheidenden Wirkungen in relativ kurzer Zeit verbunden ist“ (75). Eine Take-Off-Phase wird durch drei Hauptmerkmale bestimmt. Erstens muß der Anteil der produktiven Investitionen von 5 % oder weniger auf 10 % oder mehr des Nettosozialprodukts ansteigen. Zweitens sollen ein oder mehrere industrielle Führungssektoren vorhanden sein, die mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten die Gesamtentwicklung vorantreiben. Und drittens muß ein politischer, sozialer und institutioneller Rahmen existieren, beziehungsweise rasch geschaffen werden, „der die Impulse für eine Erweiterung im industriellen Sektor ausnutzt... und das Wachstum fortschreiten läßt“.(57)

¹⁵⁹) Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum (wie Anm. 16), 218.

¹⁶⁰) Vgl. Cameron, A new View u. d. ers., Industrial Revolution (wie Anm. 10); M. Fores, The Myth of a British Industrial Revolution, in: History 66, 1981, 181–198; zu Deutschland: Kaelble, Der Mythos (wie Anm. 22).

regionen und nicht zuletzt durch die Anpassungsprozesse der staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine wichtige Zäsur im deutschen Industrialisierungsprozeß darstellten. Auch wenn all diese Veränderungen erst in der zweiten Jahrhunderthälfte ihre volle Wirkungskraft entfalteten und Wirtschaft, Gesellschaft und Staat fundamental umgestalteten, so kann man den Beginn der entscheidenden Durchbruchphase der Industriellen Revolution mit guten Gründen auf die Mitte der vierziger Jahre datieren.¹⁶¹⁾

¹⁶¹⁾ Schon Borchardt hat darauf hingewiesen, daß der Beginn der „Industriellen Revolution“ dem rapiden Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Wachstums durchaus um einige Jahre vorangelaufen sein dürfte. Vgl. *Borchardt*, Wirtschaftliches Wachstum (wie Anm. 16), 203.